

Arbeitsakte

Akte: Strafzumessung Bankert — Untreue, LG Frankfurt / BGH Revision

strafzumessung-vermoegensdelikt-bankert-frankfurt-untreue-haupt-und-revisionsverhandlung

Diese Datei bündelt alle Aktenstücke in einem Dokument. Die Einzeldateien liegen im Aktenordner ebenfalls vor.

Inhaltsverzeichnis

Teil	Inhalt
Teil 1	Aktenstücke (Markdown) (22)
Teil 2	E-Mails (5)
Teil 3	Excel-Tabellen (2)
Teil 4	Word-Dokumente (3)
Teil 5	Bildanlagen und Screenshots (3)
Teil 6	PDF-Anhänge (Originaldokumente) (2)

Aktenstücke (Markdown)

Datei: 01-mandatsuebernahme-bankert-straftzumessung.md

Mandatsübernahme Bankert — Straftzumessung Untreue

Kanzlei: Wittfeldt-Steinheim Strafverteidigung, Frankfurt am Main

Kanzleiaktenzeichen: WS-2026-STR-0414

Gerichtsverfahren: LG Frankfurt 5-22 KLS 188/26

Anwältin: Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim

Erstgespräch: 04.02.2026

Notiz zum Erstgespräch

Herr Konrad Bankert, geb. 17.09.1971, wohnhaft Sachsenhäuser Ufer 22, 60594 Frankfurt am Main, erschien am 04.02.2026 in Begleitung seiner Ehefrau Sandra Bankert (geb. Rohrmann) zum Erstgespräch. Herr Bankert ist seit dem 19.01.2026 aufgrund Haftbefehls des Amtsgerichts Frankfurt (AZ: 932 Gs 1114/26) in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I. Er wurde für dieses Gespräch gemäß § 148 StPO vorgeführt.

Sachverhaltsdarstellung Mandant

Herr Bankert schildert, er habe als Prokurist der Müller & Schmitt Treuhand GmbH (Sitz: Neue Mainzer Straße 74, 60311 Frankfurt) von 2008 bis 2024 im Bereich Kapitalanlageberatung und Treuhandgeschäfte gearbeitet. Zwischen Januar 2020 und Oktober 2024 habe er systematisch Überweisungen von Klientengeldern (Fremdvermögen) auf Konten der Solarwind Capital LP (Liechtenstein) veranlasst. Die Solarwind Capital LP stehe faktisch unter seiner Kontrolle, da er der wirtschaftlich Berechtigte sei.

Bankert gibt an, er habe die Gelder nicht für sich verbraucht, sondern am Kapitalmarkt anlegen wollen, um Verluste bei einem anderen Klientenmandat zu kompensieren. Die Strategie sei gescheitert. Der Gesamtschaden belaufe sich nach Angaben der Staatsanwaltschaft auf 9 Mio. EUR.

Er habe sich nach Aufdeckung des Sachverhalts im Oktober 2024 bei der Geschäftsführung der Müller & Schmitt GmbH gemeldet und eine Selbstanzeige erstattet. Seit Haftbefehl am 19.01.2026 befinde er sich in U-Haft.

Geständnisbereitschaft

Herr Bankert erklärt ausdrücklich, er sei bereit, ein vollumfängliches Geständnis abzulegen. Er wolle die Strafe auf sich nehmen und das Verfahren nicht in die Länge ziehen. Seine Familie — Ehefrau Sandra (schwere Herzerkrankung, Wartelistenstatus Transplantation) sowie zwei Söhne (David, 26, Masterstudium Betriebswirtschaft; Lukas, 23, Masterstudium Informatik) — leide erheblich.

Schadenswiedergutmachung

Bankert teilt mit, er habe aus eigenen Ersparnissen, Lebensversicherungen und durch Verkauf der Immobilie (Immobilienwert lt. Gutachten 1,1 Mio. EUR; Verkauf zum 28.02.2026 vereinbart) bereits 4,2

Mio. EUR auf ein Anderkonto der Kanzlei überwiesen, das als Wiedergutmachungspool für die Geschädigten dient. Die Müller & Schmitt GmbH als Geschädigte hat die Zahlung schriftlich bestätigt. Restsschaden: 4,8 Mio. EUR.

Mandatserteilung

Vollmacht erteilt am 04.02.2026. Mandatsgegenstand: Verteidigung im Hauptverfahren LG Frankfurt 5-22 KLS 188/26, insbesondere Strafzumessung nach § 46 StGB, Einwirken auf Strafmaß unter 2 Jahre mit Bewährungsaussetzung gemäß § 56 StGB, hilfsweise Gesamtfreiheitsstrafe unter 3 Jahren mit Bewährungsantrag.

Strategie-Erstnotiz

Die Verteidigungsstrategie konzentriert sich auf die Strafzumessung, nicht auf den Schuldspruch. Bankert wird die Tat einräumen (§ 46 Abs. 2 StGB: Geständnis als Entlastungsmoment). Zentrale Argumente:

1. Schadenswiedergutmachung gemäß § 46a StGB (4,2 Mio. EUR, ca. 47 % des Gesamtschadens).
2. Vollständige Vorstrafenfreiheit; keine einschlägigen Vorverfahren.
3. Geständnis ohne Auflagen im Ermittlungsverfahren.
4. Täter handelte aus finanziellem Druck (Kompensation vorheriger Verluste), kein primär eigennütziges Motiv.
5. Erhebliche persönliche Folgen: Berufsverlust, drohende Insolvenz, Ehefrau schwer krank.
6. Vergleichsrechtsprechung BGH: Untreue-Schaden 9 Mio. EUR bewegt sich im Bereich, der bei vollständiger Schadenswiedergutmachung und Geständnis eine Strafaussetzung zur Bewährung rechtfertigen kann.

Nächste Schritte: Akteneinsicht beantragen; Termin Hauptverhandlung abwarten; Rechtsgespräch mit Staatsanwaltschaft anstreben.

Verfasst von: Prof. Dr. H. Wittfeldt-Steinheim

Datum: 04.02.2026

Quelle § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>

Datei: 02-fallgeschichte-untreue-9-mio-eur.md

Fallgeschichte — Untreue 9 Mio. EUR (2020–2024)

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLS 188/26 | WS-2026-STR-0414

Bearbeitung: Prof. Dr. H. Wittfeldt-Steinheim

Beteiligte

Rolle	Person/Einheit	Anmerkung
Mandant / Angeklagter	Konrad Bankert, geb. 17.09.1971	Ehem. Prokurist
Geschädigte	Müller & Schmitt Treuhand GmbH, Frankfurt	Arbeitgeberin

Rolle	Person/Einheit	Anmerkung
Geschädigte (mittelbar)	11 Anleger-Klienten der Müller & Schmitt GmbH	Treuhandvermögen
Tatmittel-Gesellschaft	Solarwind Capital LP (Liechtenstein)	Bankert wirtschaftlich Berechtigter
Staatsanwaltschaft	StA Frankfurt, Dezernat Wirtschaftskriminalität	OStA Dr. Rainer Holtkamp
Kammer	LG Frankfurt, 5. Große Strafkammer	Vorsitz: RiLG Dr. Ute Brendel
Revisionsinstanz	BGH, 5. Strafsenat	AZ: BGH 5 StR 2188/26

Tatchronik 2020–2024

Vorgeschichte (2008–2019)

Konrad Bankert tritt 2008 als Prokurist in die Müller & Schmitt Treuhand GmbH ein. Das Unternehmen verwaltet Treuhandvermögen institutioneller und privater Anleger; Bankert betreut ab 2012 als Bereichsleiter das Segment Kapitalanlage-Treuhand mit einem Gesamtvolumen von rd. 140 Mio. EUR. Seine Unterschriftsbefugnis umfasst Überweisungen bis 500.000 EUR ohne Zweitunterschrift.

Im Jahr 2018 entstehen im Portfolio des Klienten Hessische Berufsgenossenschaft für Handel und Warendistribution erhebliche Verluste durch ein Derivatgeschäft, das Bankert eigenmächtig eingegangen ist (Verlust ca. 1,1 Mio. EUR). Dieser Verlust wird intern verbucht, ohne dass Bankert die Geschäftsführung vollständig informiert. Er beschließt, den Verlust durch externe Gewinne zu kompensieren.

Tatphase I (Januar 2020 — Dezember 2021)

Bankert gründet Ende 2019 über einen Liechtensteiner Anwalt die Solarwind Capital LP als Vehikel für spekulative Kapitalmarktgeschäfte. Er ist der einzige wirtschaftlich Berechtigte.

Im Zeitraum Januar 2020 bis Dezember 2021 veranlasst Bankert insgesamt 42 Überweisungen von Treuhandkonten der Müller & Schmitt GmbH auf Konten der Solarwind Capital LP in Vaduz. Die Überweisungen werden als "Anlagemandate" und "Dienstleistungsgebühren" in der Buchhaltung kaschiert. Gesamtbetrag dieser Phase: 3,2 Mio. EUR.

Tatphase II (Januar 2022 — Oktober 2024)

Nachdem die Börsenspekulation über die Solarwind Capital LP erhebliche weitere Verluste erzeugt hat (Verlust der gesamten Tatphase I-Mittel bis Ende 2022), eskaliert Bankert das Schema. Im Zeitraum Januar 2022 bis Oktober 2024 werden 68 weitere Überweisungen veranlasst, Einzelbeträge nunmehr bis zu 280.000 EUR. Gesamtbetrag dieser Phase: 5,8 Mio. EUR.

Die Überweisungen werden durch gefälschte Buchungsbelege überdeckt (Computerbetrug; die StA hat insoweit § 263a StGB im Wege der Tateinheit erwogen, letztlich aber Anklage nur wegen § 266 StGB erhoben).

Gesamtschaden: 9 Mio. EUR (3,2 + 5,8 Mio. EUR).

Aufdeckung (Oktober 2024)

Im Oktober 2024 führt die Müller & Schmitt GmbH eine interne Revision durch. Der Wirtschaftsprüfer Rainer Fecht (WP-Gesellschaft Fecht & Partner GmbH) entdeckt die Überweisungsmuster. Am 22.10.2024 wird Bankert von der Geschäftsführung mit den Erkenntnissen konfrontiert. Er legt sofort ein vollständiges Geständnis gegenüber der Geschäftsführung ab und erstattet noch am selben Tag

Selbstanzeige bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt.

Ermittlungsverfahren (Oktober 2024 — Januar 2026)

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt, Dezernat Wirtschaftskriminalität, leitet ein Ermittlungsverfahren ein. Bankert kooperiert vollständig: Er übergibt sämtliche Unterlagen zur Solarwind Capital LP, benennt den Liechtensteiner Anwalt und erlaubt die Durchsuchung seiner Wohnung ohne Gegenwehr.

Im November 2024 beantragt Bankert Privatinsolvenz. Im Dezember 2024 werden alle verfügbaren Mittel — Sparguthaben 620.000 EUR, Lebensversicherungen 840.000 EUR, Erlös aus dem Immobilienverkauf 1.100.000 EUR, Verkauf Wertpapierdepot 1.640.000 EUR — auf ein Anderkonto der Verteidigung überwiesen. Dieser Betrag von zusammen 4,2 Mio. EUR wird im Januar 2025 an die Müller & Schmitt GmbH als Wiedergutmachung ausgezahlt.

Haftbefehl und Verhaftung: 19.01.2026. Anklageschrift: 28.01.2026. Eröffnungsbeschluss: 11.02.2026. Hauptverhandlung: 03.03.2026 – 21.04.2026.

Schadensübersicht

Phase	Zeitraum	Überweisungen (Anz.)	Betrag
Tatphase I	Jan 2020 – Dez 2021	42	3.200.000 EUR
Tatphase II	Jan 2022 – Okt 2024	68	5.800.000 EUR
Gesamtschaden		110	9.000.000 EUR
Wiedergutmachung	Jan 2025	—	4.200.000 EUR
Restschaden			4.800.000 EUR

Quellen:

- § 266 StGB Untreue: <https://dejure.org/gesetze/StGB/266.html>
- § 46a StGB Schadenswiedergutmachung: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>

Datei: 03-anklageschrift-staatsanwaltschaft-frankfurt.md

Anklageschrift — Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main

Aktenzeichen StA: 92 Js 1822/25

Gericht: Landgericht Frankfurt am Main, 5. Große Strafkammer

Datum: 28. Januar 2026

Anklageschrift

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main Kleebergstraße 2 60313 Frankfurt am Main

In der Strafsache gegen

Konrad Bankert, geb. 17.09.1971 in Dortmund, wohnhaft zuletzt: Sachsenhäuser Ufer 22, 60594 Frankfurt am Main, derzeit: JVA Frankfurt I, Hammelsgasse 1, 60311 Frankfurt am Main, vertr. durch: Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim, Bockenheimer Anlage 18, 60322 Frankfurt am Main

wegen: Untreue (§ 266 Abs. 1, Abs. 2 StGB i.V.m. § 263 Abs. 3 Nr. 2 StGB analog)

I. Anklagesatz

Der Angeklagte Konrad Bankert hat im Zeitraum von Januar 2020 bis Oktober 2024 als Prokurist und damit Vermögensbetreuungspflichtiger der Müller & Schmitt Treuhand GmbH (Neue Mainzer Straße 74, 60311 Frankfurt am Main) in 110 rechtlich selbständigen Fällen die ihm obliegenden Vermögensfürsorgepflichten gegenüber der Geschädigten und deren Treuhandklientel verletzt und dadurch einem Vermögensnachteil von insgesamt 9.000.000 EUR (neun Millionen Euro) herbeigeführt.

Im Einzelnen:

Tatphase I (Januar 2020 — Dezember 2021, Fälle 1–42): Der Angeklagte veranlasste 42 Überweisungen in einer Gesamthöhe von 3.200.000 EUR von den bei der Deutschen Bank AG (Frankfurt, Kto-Nr. DE44 5007 0010 0044 7890 00) und der Commerzbank AG (Frankfurt, Kto-Nr. DE28 2004 0060 0608 7620 00) geführten Treuhandkonten der Müller & Schmitt Treuhand GmbH auf ein Konto der Solarwind Capital LP (Bank LGT, Vaduz, Liechtenstein), deren alleiniger wirtschaftlich Berechtigter er war.

Tatphase II (Januar 2022 — Oktober 2024, Fälle 43–110): Der Angeklagte veranlasste weitere 68 Überweisungen in einer Gesamthöhe von 5.800.000 EUR auf dasselbe Konto der Solarwind Capital LP. Die Überweisungen wurden durch gefälschte Buchungsbelege (als "Dienstleistungsgebühren", "Anlagemandate" und "Beraterhonorare" deklariert) in der internen Buchhaltung der Müller & Schmitt GmbH verschleiert.

II. Angewandetes Recht

- § 266 Abs. 1 StGB (Untreue, Missbrauchstatbestand)
- § 266 Abs. 2 StGB i.V.m. § 263 Abs. 3 Nr. 2 StGB (besonders schwerer Fall — Schaden von mehr als 50.000 EUR, gewerbsmäßiges Handeln)
- §§ 52, 53 StGB (Tateinheit / Tatmehrheit)

Strafraumen: § 266 Abs. 2 StGB: 1 Jahr bis 10 Jahre Freiheitsstrafe.

III. Beweismittel

1. Geständnis des Angeklagten vom 22.10.2024 (Protokoll Selbstanzeige) und im Ermittlungsverfahren.
2. Buchungsbelege der Müller & Schmitt Treuhand GmbH (Sicherstellung 22.10.2024).
3. Kontoauszüge Solarwind Capital LP (Rechtshilfeersuchen Liechtenstein, Übermittlung 15.12.2025).
4. Gutachten Wirtschaftsprüfer Rainer Fecht, Fecht & Partner GmbH, Frankfurt, vom 10.11.2024.
5. Zeugen: a) GF Markus Schmitt (Müller & Schmitt GmbH), b) WP Rainer Fecht, c) Sandra Bankert (Ehefrau, zur Kenntnis).
6. Auszug Handelsregister HRB 94721 (Müller & Schmitt Treuhand GmbH).
7. Gesellschaftsunterlagen Solarwind Capital LP (FL-Register).

IV. Strafmaßforderung

Die Staatsanwaltschaft wird in der Hauptverhandlung eine Freiheitsstrafe von **6 Jahren und 6 Monaten** beantragen.

Zur Begründung: Der Strafraum des § 266 Abs. 2 StGB reicht bis 10 Jahre. Der Gesamtschaden von 9 Mio. EUR liegt erheblich über dem Schwellenwert des besonders schweren Falles. Die Tatdauer von vier Jahren und die Anzahl von 110 Einzeltaten belegen besondere kriminelle Energie. Ein Geständnis und eine teilweise Schadenswiedergutmachung sind strafmildernd zu berücksichtigen, rechtfertigen jedoch keine Strafaussetzung zur Bewährung gemäß § 56 StGB.

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main OStA Dr. Rainer Holtkamp Frankfurt am Main, 28. Januar 2026

Quelle § 266 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/266.html>

Quelle § 263 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/263.html>

Datei: 04-eroeffnungsbeschluss-lg-frankfurt.md

Eröffnungsbeschluss — LG Frankfurt, 5. Große Strafkammer

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 Kls 188/26

Datum: 11. Februar 2026

Kammer: 5. Große Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main

Beschluss

Landgericht Frankfurt am Main

5. Große Strafkammer

In der Strafsache gegen

Konrad Bankert, geb. 17.09.1971, JVA Frankfurt I,

Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main (StA AZ 92 Js 1822/25)

hat die 5. Große Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main durch den Vorsitzenden Richter am Landgericht Dr. Ute Brendel und die beisitzenden Richter sowie die Schöffen

am 11. Februar 2026

beschlossen:

I. Eröffnung des Hauptverfahrens

Das Hauptverfahren wird eröffnet.

Die Anklage der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main vom 28. Januar 2026 (Az. 92 Js 1822/25) wird zur Hauptverhandlung zugelassen.

Die Anklage wird vor der 5. Großen Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main verhandelt.

II. Rechtlicher Rahmen

Die Anklage wirft dem Angeklagten Konrad Bankert Untreue in 110 Fällen nach § 266 Abs. 1 und Abs. 2 StGB vor. Die Kammer sieht hinreichenden Tatverdacht als gegeben an. Insbesondere bestehen ausreichende tatsächliche Anhaltspunkte dafür, dass der Angeklagte als Prokurist der Müller & Schmitt Treuhand GmbH eine Vermögensbetreuungspflicht inne hatte und diese missbraucht bzw. verletzt hat.

Die Frage der Konkurrenzen (§§ 52, 53 StGB) — ob 110 selbständige Einzeltaten oder eine fortgesetzte Handlung mit einheitlicher Strafe vorliegen — bleibt der Hauptverhandlung vorbehalten.

III. Fortdauer der Untersuchungshaft

Die Untersuchungshaft des Angeklagten gemäß Haftbefehl des Amtsgerichts Frankfurt vom 19.01.2026 (AZ: 932 Gs 1114/26) wird aufrechterhalten. Fluchtgefahr und Verdunkelungsgefahr bestehen fort.

Eine Außervollzugsetzung des Haftbefehls gegen Auflagen (§ 116 StPO) kommt angesichts des erheblichen Strafrahmens und des Auslandsbezugs (Solarwind Capital LP Liechtenstein) nicht in Betracht.

IV. Hauptverhandlungstermine

Die Hauptverhandlung wird terminiert auf:

Datum	Sitzungstag	Gegenstand
03.03.2026	1. HV-Tag	Verlesen Anklage, Eröffnung
10.03.2026	2. HV-Tag	Einlassung Angeklagter
17.03.2026	3. HV-Tag	Vernehmung Zeuge Schmitt
24.03.2026	4. HV-Tag	Vernehmung Zeuge Fecht
07.04.2026	5. HV-Tag	Vernehmung Zeugen
14.04.2026	6. HV-Tag	Beweisaufnahme Abschluss
21.04.2026	7. HV-Tag	Plädoyers, Urteil

Beginn jeweils 09:00 Uhr, Saal 168, Landgericht Frankfurt am Main, Gerichtsstraße 2, 60313 Frankfurt am Main.

V. Hinweis Strafzumessung

Die Kammer weist darauf hin, dass die Strafzumessung nach § 46 StGB in der Hauptverhandlung eine zentrale Rolle spielen wird. Insbesondere werden zu erörtern sein:

- Die Frage, ob § 46a StGB (Schadenswiedergutmachung) eine Strafmilderung rechtfertigt (4,2 Mio. EUR Rückzahlung).
- Die Anwendung der Spielraum-Theorie (BGHSt 7, 28) bei der Bestimmung des schuldangemessenen Strafrahmens.
- Die Voraussetzungen einer Strafaussetzung zur Bewährung gemäß § 56 Abs. 1 und 2 StGB angesichts der hohen Schadenshöhe.

Landgericht Frankfurt am Main

5. Große Strafkammer

Dr. Ute Brendel, Vorsitzende Richterin am Landgericht Frankfurt am Main, 11. Februar 2026

Quellen:

- § 266 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/266.html>

- § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>
- § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>

Datei: 05-strafmass-erwartung-staatsanwaltschaft.md

Strafmaß-Erwartung der Staatsanwaltschaft

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim (Analyse StA-Position)

Datum: 05.03.2026

Strafmaßforderung Staatsanwaltschaft: 6 Jahre 6 Monate

Ausgangspunkt

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt fordert 6 Jahre 6 Monate Freiheitsstrafe ohne Strafaussetzung zur Bewährung (§ 56 StGB). Diese Forderung basiert auf folgenden Strafzumessungserwägungen:

Belastende Gesichtspunkte (StA-Position)

1. Schadenshöhe 9 Mio. EUR

Der Gesamtschaden von 9 Mio. EUR ist das zentrale Belastungsmoment. Die Staatsanwaltschaft argumentiert, dass dieser Schaden weit über dem Schwellenwert von 50.000 EUR für den besonders schweren Fall (§ 266 Abs. 2 i.V.m. § 263 Abs. 3 Nr. 2 StGB) liegt. Eine Schadenshöhe von 9 Mio. EUR rechtfertige bereits für sich einen erheblichen Strafausspruch.

Die StA verweist auf BGH 1 StR 354/17: Bei Untreue-Schäden von über 5 Mio. EUR ohne vollständige Wiedergutmachung sei eine Strafaussetzung zur Bewährung in aller Regel ausgeschlossen.

2. Tatdauer und Tatanzahl

110 Einzelüberweisungen über vier Jahre (2020–2024) belegen nach Auffassung der StA besondere kriminelle Energie und planmäßiges Vorgehen. Die Tatdauer von 4 Jahren schließe eine spontane Überforderung aus. Bankert habe das System schrittweise eskaliert.

3. Verdeckungshandlungen

Die Verschleierung durch gefälschte Buchungsbelege (Bezeichnung als "Dienstleistungsgebühren", "Anlagemandate") begründe nach § 46 Abs. 2 StGB die Ausführungsweise als belastend. Der Angeklagte habe die Kontrollmechanismen des Unternehmens aktiv ausgehebelt.

4. Langjähriges Vertrauensverhältnis

Bankert nutzte ein über 16 Jahre aufgebautes Vertrauensverhältnis zur Müller & Schmitt Treuhand GmbH. Der Missbrauch dieses Vertrauens wiege schwer (§ 46 Abs. 2 StGB: "Verhältnis zwischen Täter und Opfer").

5. Restschaden 4,8 Mio. EUR

Die Schadenswiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR ändert nach StA-Auffassung nichts an der Strafwürdigkeit. Ein verbleibender Schaden von 4,8 Mio. EUR sei absolut erheblich. Die Rückzahlung

lasse das Unrecht nicht entfallen.

Mildernde Gesichtspunkte (StA-Zugeständnisse)

Die Staatsanwaltschaft erkennt folgende Strafmilderungsgründe an, die sie in die Forderung von 6 J 6 M bereits eingepreist hat:

Gesichtspunkt	StA-Bewertung
Geständnis	Mildernd berücksichtigt (§ 46 Abs. 2 StGB)
Schadenswiedergutmachung 4,2 Mio. EUR	Mildernd nach § 46a StGB; kein voller Ausgleich
Vorstrafenfreiheit	Mildernd
Kranke Ehefrau	Berücksichtigt, aber keine erhebliche Milderung
Selbstanzeige	Positiv, aber keine qualifizierte Reueleistung

Bewährungsargument der StA

Die StA lehnt § 56 StGB ausdrücklich ab:

- § 56 Abs. 2 StGB: Besondere Umstände, die eine Strafaussetzung trotz Strafe über 1 Jahr rechtfertigen, liegen nicht vor. Der Restsschaden von 4,8 Mio. EUR, die Tatdauer von vier Jahren und die kriminelle Energie sprechen gegen eine günstige Sozialprognose im Sinne des § 56 Abs. 1 StGB.
- Verteidigung der Rechtsordnung (§ 56 Abs. 3 StGB): Bei einer Strafe von mehr als 2 Jahren und einem Schaden von 9 Mio. EUR gebiete die Verteidigung der Rechtsordnung die Vollstreckung der Strafe.
- Präventivaspekt: Generalprävention erfordere bei Wirtschaftsdelikten dieser Größenordnung eine spürbare, vollzogene Strafe.

Analyse der Verteidigung zur StA-Position

Die StA-Forderung von 6 J 6 M erscheint im Licht der Vergleichsrechtsprechung überhöht. BGH-Urteile zu Untreue mit vergleichbaren Schadensbeträgen und vollständiger oder weitgehender Schadenswiedergutmachung zeigen Strafaussprüche im Bereich 3–4 Jahre. Die eigene Forderung der Verteidigung (2 J 6 M auf Bewährung) entspricht der Untergrenze des Spielraums. Das LG-Urteil (3 J 2 M ohne Bewährung) liegt innerhalb des Spielraums, ist aber revisionsrechtlich angreifbar wegen Strafzumessungsfehlern (fehlerhafte Gewichtung § 46a StGB).

Quelle § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>

Quelle § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>

Datei: 06-straftmass-strategie-verteidigung.md

Strafmaß-Strategie der Verteidigung

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLS 188/26 | WS-2026-STR-0414

Bearbeitung: Prof. Dr. H. Wittfeldt-Steinheim

Verteidigungsantrag: 2 Jahre 6 Monate auf Bewährung

Strategische Grundaussrichtung

Die Verteidigung hat bereits in der Mandatsübernahme entschieden, keine Einlassung zur Schuldfrage zu machen, sondern sich vollständig auf die Strafzumessung zu konzentrieren. Bankert wird ein umfassendes Geständnis ablegen. Die Strategie zielt auf:

1. Nutzung aller strafmildernden Umstände nach § 46 StGB.
2. Vollständige Ausschöpfung der Strafmilderung nach § 46a StGB wegen Schadenswiedergutmachung.
3. Nachweis der Bewährungsvoraussetzungen nach § 56 StGB.
4. Vergleich mit BGH-Rechtsprechung zu Untreue-Schäden ähnlicher Größenordnung.

Kernargumente der Verteidigung

A. Geständnis (§ 46 Abs. 2 StGB)

Das Geständnis Bankerts am 22.10.2024 — noch vor Ermittlungsbeginn — ist nicht nur strafmildernd nach § 46 Abs. 2 StGB, sondern hat erhebliche prozessuale Bedeutung: Es ermöglichte die Aufklärung der vollständigen Schadensstruktur, die Rückverfolgung der Solarwind-Überweisungen und die Kooperation mit den liechtensteinischen Behörden. Ohne das Geständnis wäre der Schaden kaum vollständig bezifferbar gewesen.

B. Schadenswiedergutmachung § 46a StGB

Die Zahlung von 4,2 Mio. EUR stellt eine qualifizierte Schadenswiedergutmachung nach § 46a Nr. 1 StGB dar. Die Verteidigung wird ausführen:

- Bankert hat sämtliches verfügbares Vermögen liquidiert (Immobilie, Depot, Lebensversicherungen, Ersparnisse).
- Die Ehefrau Sandra Bankert hat auf ihren eigenen Anteil am Hauserlös (ca. 550.000 EUR eheliche Gemeinschaft) zugunsten der Wiedergutmachung verzichtet.
- Die Kinder David und Lukas Bankert haben Studienkredite aufgenommen, um eigene Mittel freizusetzen.
- Die Wiedergutmachung beträgt 46,7 % des Gesamtschadens — im Bereich der BGH-Anforderungen an eine "erhebliche" Wiedergutmachung.

Die Milderungsmöglichkeit nach § 46a StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB erlaubt eine Unterschreitung des Regelstrafrahmens: Der Mindeststrafrahmen von 1 Jahr sinkt auf 3 Monate; der Maximalstrafrahmen von 10 auf 7 Jahre 6 Monate.

C. Vorstrafenfreiheit

Bankert ist bislang vollständig straffrei. 54 Jahre ohne jede Vorstrafe ist nach der BGH-Rechtsprechung ein gewichtiges Strafmilderungsmoment, das besonders bei Ersttätern im Wirtschaftsstrafrecht erhebliches Gewicht hat (vgl. BGH NJW 2020, 2573).

D. Persönliche Folgen (§ 46 Abs. 2 StGB)

- Verlust des Arbeitsplatzes und der beruflichen Reputation.
- Drohende Berufsverbote.

- Privatinsolvenz.
- Ehefrau Sandra schwer herzerkrank (Warteliste für Transplantation); ihre Pflege wird durch eine Inhaftierung erheblich erschwert.
- Kinder im Studium; finanzielle Versorgung durch Inhaftierung gefährdet.

E. Spielraum-Theorie und Schuldangemessenheit

Nach der Spielraum-Theorie (BGHSt 7, 28) ist der Tatrichter nicht auf eine "punktgenaue" Strafe verpflichtet, sondern darf sich im Spielraum schuldangemessener Strafen bewegen. Die Verteidigung argumentiert, dass eine Strafe von 2 Jahren und 6 Monaten noch innerhalb des schuldangemessenen Spielraums liegt:

- Schadenshöhe: 9 Mio. EUR ist erheblich, aber durch 47 % Wiedergutmachung teilweise kompensiert.
- Geständnis und Kooperation: Volle Aufklärungshilfe.
- Kein konsumtiver Eigennutz: Bankert hat keine Luxusgüter oder privaten Ausgaben aus den Taterlösen finanziert.

Bewährungsantrag (§ 56 StGB)

Bei einer Strafe bis 2 Jahre: § 56 Abs. 1 StGB — günstige Sozialprognose gegeben (Ersttäter, Geständnis, Arbeitswillen). Bei einer Strafe von 2 J 6 M: § 56 Abs. 2 StGB — besondere Umstände (§ 46a-Wiedergutmachung, kranke Ehefrau, Vorstrafenfreiheit).

Die Verteidigung beantragt hilfsweise für den Fall, dass das Gericht den Strafraum über 2 Jahre ansetzt, die Strafaussetzung nach § 56 Abs. 2 StGB mit folgenden Auflagen:

1. Zahlung weiterer Schadensersatzleistungen (monatliche Ratenzahlung 2.000 EUR an die Müller & Schmitt GmbH, 5 Jahre).
2. Meldepflichten gegenüber der Bewährungshilfe.
3. Berufsverbot Treuhandwesen (freiwillig erklärt).

Quellen:

- § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>
- § 46a StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>
- § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>

Datei: 07-strafzumessungskriterien-46-stgb-katalog.md

Strafzumessungskriterien — § 46 StGB Katalog

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 Kls 188/26 | WS-2026-STR-0414

Bearbeitung: Prof. Dr. H. Wittfeldt-Steinheim

Datum: 15.03.2026

§ 46 StGB — Grundsätze der Strafzumessung

§ 46 Abs. 1 StGB: Die Schuld des Täters ist Grundlage für die Zumessung der Strafe. Die Wirkungen, die von der Strafe für das künftige Leben des Täters in der Gesellschaft zu erwarten sind, sind zu berücksichtigen.

§ 46 Abs. 2 StGB: Bei der Zumessung wägt das Gericht die Umstände, die für und gegen den Täter sprechen, gegeneinander ab. Dabei kommen namentlich in Betracht:

- die Beweggründe und Ziele des Täters
- die Gesinnung, die aus der Tat spricht, und der bei der Tat aufgewendete Wille
- das Maß der Pflichtwidrigkeit
- die Art der Ausführung und die verschuldeten Auswirkungen der Tat
- das Vorleben des Täters, seine persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse sowie sein Verhalten nach der Tat, besonders sein Bemühen, den Schaden wiedergutzumachen, sowie das Bemühen des Täters, einen Ausgleich mit dem Verletzten zu erreichen

Gesetzliche Quelle: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>

Systematische Anwendung auf den Fall Bankert

I. Belastende Strafzumessungsgründe

1. Schadenshöhe (§ 46 Abs. 2 StGB — Art der Tat)

Tatsache: Gesamtschaden 9 Mio. EUR.

Gewichtung: Sehr schwer (Schwerste Kategorie bei Untreue).

Bezug BGH: BGH 1 StR 354/17 (Untreue 8,3 Mio. EUR, Strafraum 5-8 Jahre diskutiert).

Bewertung: Erheblich belastend; dominiert den Strafzumessungsrahmen.

2. Tatdauer — 4 Jahre (§ 46 Abs. 2 — "Ausführungsweise")

Tatsache: 110 Einzelüberweisungen über 4 Jahre (Jan 2020 – Okt 2024).

Gewichtung: Schwer — planmäßiges, lang andauerndes Handeln.

Bewertung: Belastend; kein spontaner Entschluss, sondern systematisches Vorgehen.

3. Verdeckungshandlungen

Tatsache: Gefälschte Buchungsbelege, irreführende Bezeichnungen.

Gewichtung: Mittel — erschwerend wegen aktiver Täuschung.

Bewertung: Belastend; erschwerter Nachweis für die Geschädigte.

4. Missbrauch besonderes Vertrauensverhältnis

Tatsache: 16 Jahre als Prokurist bei Müller & Schmitt Treuhand.

Gewichtung: Mittel–schwer (§ 46 Abs. 2: "Verhältnis zwischen Täter und Opfer").

Bewertung: Belastend; vertieftes Vertrauen als Tatmittel.

5. Professionelle Position (Prokurist, Treuhandrecht)

Tatsache: Bankert handelte in seiner beruflichen Eigenschaft als Vermögenstreuhänder.

Gewichtung: Mittel.

Bewertung: Belastend (hohe Pflichtwidrigkeit nach § 46 Abs. 2 StGB: "Maß der Pflichtwidrigkeit").

II. Mildernde Strafzumessungsgründe

1. Geständnis

Tatsache: Vollständiges Geständnis vor Ermittlungsbeginn (22.10.2024).

Gewichtung: Erheblich mildernd.

Bezug BGH: BGHSt 45, 321 — frühes Geständnis als gewichtiger Milderungsgrund.

Bewertung: Stark mildernd.

2. Schadenswiedergutmachung § 46a StGB

Tatsache: 4,2 Mio. EUR zurückgezahlt (47 % des Schadens).

Gewichtung: Erheblich — gesetzliche Sonderregel § 46a StGB.

Bezug BGH: BGH NJW 2015, 84 — § 46a Nr. 1 StGB bei erheblicher Wiedergutmachung.

Bewertung: Stark mildernd; Strafraumverschiebung nach § 49 Abs. 1 StGB möglich.

3. Vorstrafenfreiheit

Tatsache: 54 Jahre, keine einzige Vorstrafe.

Gewichtung: Mittel–erheblich (BGH NJW 2020, 2573).

Bewertung: Mildernd; besonders bei Ersttätern im Wirtschaftsstrafrecht.

4. Kein Eigennutz-Konsum

Tatsache: Bankert hat kein Geld für persönlichen Luxus verwendet.

Gewichtung: Mittel — Differenzierung zur eigennützigen Bereicherung.

Bewertung: Mildernd; weniger verwerflich als Konsumuntreue.

5. Persönliche Folgen

Tatsache: Berufsverlust, Privatinsolvenz, kranke Ehefrau, Kinder im Studium.

Gewichtung: Mittel (§ 46 Abs. 2 StGB: "persönliche Verhältnisse").

Bewertung: Mildernd.

6. Positive Zukunftsprognose (§ 56 Abs. 1 StGB)

Tatsache: Ersttäter, Geständnis, Kooperationsbereitschaft, stabiles soziales Umfeld trotz Krise.

Gewichtung: Erheblich für § 56 StGB.

Bewertung: Stark für Bewährungsantrag.

Gesamtbild der Strafzumessung

Gesichtspunkt	Kategorie	Gewichtung
Schaden 9 Mio. EUR	Belastend	+++
Tatdauer 4 Jahre	Belastend	++
Verdeckungshandlungen	Belastend	+
Vertrauensmissbrauch	Belastend	++
Geständnis	Mildernd	+++

Gesichtspunkt	Kategorie	Gewichtung
Wiedergutmachung § 46a	Mildernd	+++
Vorstrafenfreiheit	Mildernd	++
Kein Eigennutz-Konsum	Mildernd	+
Persönliche Folgen	Mildernd	+

Ergebnis der Gesamtabwägung: Der Schuldgehalt rechtfertigt eine Freiheitsstrafe im Bereich von 2 bis 4 Jahren. Die erhebliche Wiedergutmachung und das frühzeitige Geständnis rechtfertigen die Untergrenze dieses Bereichs; der hohe Schaden die Obergrenze. Die Spielraum-Theorie eröffnet Raum für 2 J 6 M bis 3 J 6 M.

Quelle § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>

Quelle § 46a StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>

Datei: 08-tatumstaende-tat-konkrete.md

Tatumstände — Konkrete Tat

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 16.03.2026

Konkrete Tatausführung

Tatmodus operandi

Bankert nutzte seine Prokuristen-Befugnis für Überweisungen bis 500.000 EUR ohne Zweitunterschrift. Der Tatmodus war in beiden Phasen ähnlich, wurde aber in Phase II professionalisiert:

Phase I (2020–2021): Einfache Überweisungen

- Bankert rief direkt im E-Banking-System der Müller & Schmitt GmbH an.
- Empfänger: Solarwind Capital LP, LGT Bank, Vaduz.
- Verwendungszwecke: Pauschale wie "Anlagemandat SCP-21A", "Servicegebühr international".
- Buchhaltungsbeleg: Bankert erstellte selbst Buchungsbelege in der internen SAP-Umgebung.

Phase II (2022–2024): Vertiefung der Verschleierung

- Bankert ließ sich von einem IT-affinen Bekannten (Name: Nils Frenzke, derzeit gesondert verfolgt) bei der Erstellung der Buchungsbelege helfen.
- Es wurden Musterverträge zwischen der Müller & Schmitt GmbH und der Solarwind Capital LP rückdatiert erstellt, um die Überweisungen nachzubelegen.
- Die Rückdatierungen wurden durch Frenzke mit einer Methode zur Manipulation von Dokumentenmeta-Daten verschleiert.

Einzelne Tatakte

Exemplarische Einzeltaten (aus 110 Fällen)

Fall 1 (07.01.2020): Überweisung 75.000 EUR. Verwendungszweck "Anlagemandat SCP-21A".
Buchungsbeleg-Nr. MS-2020-0014.

Fall 23 (14.08.2021): Überweisung 180.000 EUR. Verwendungszweck "Beratungshonorar Q2/2021".
Falschbeleg erstellt 12.08.2021.

Fall 43 (08.01.2022): Überweisung 220.000 EUR. Erster Fall mit Rückdatierungsmanipulation durch Frenzke.

Fall 87 (12.06.2023): Überweisung 280.000 EUR — Einzelhöchstbetrag der gesamten Tatserie.
Buchungsbeleg "Fondsgebühr Solarwind Alpha" — rückdatierter Rahmenvertrag vom 01.01.2022.

Fall 110 (03.10.2024): Überweisung 190.000 EUR. Letzter Tatakt. Bankert wird bereits am 22.10.2024 konfrontiert.

Schadenseintritt und -entwicklung

Jahr	Anzahl Überweisungen	Summe	Kumuliert
2020	18	1.340.000 EUR	1.340.000 EUR
2021	24	1.860.000 EUR	3.200.000 EUR
2022	22	2.110.000 EUR	5.310.000 EUR
2023	26	2.390.000 EUR	7.700.000 EUR
2024 (Jan–Okt)	20	1.300.000 EUR	9.000.000 EUR

Strafzumessungsrelevanz der konkreten Tatausführung

Die Art der Ausführung ist nach § 46 Abs. 2 StGB ausdrücklich zu berücksichtigen. Belastend wirken:

- **Planmäßigkeit:** Der Tatplan wurde über vier Jahre durchgehalten und angepasst.
- **Technische Verfeinerung:** In Phase II wurden Fälschungen professionalisiert.
- **Nutzung behilflicher Dritter:** Einbindung des IT-Spezialisten Frenzke erhöht das Maß der Pflichtwidrigkeit.
- **Anzahl und Kadenz:** 110 Überweisungen belegen keine impulsive, sondern eine willensgesteuerte Serientat.

Mildernd wirkt:

- Kein physischer Schaden; kein Einsatz von Gewalt oder Drohung.
- Die Opfer (Klienten der Müller & Schmitt GmbH) sind gewerblich tätige Anleger, nicht schutzbedürftige Privatpersonen.
- Bankert hat das Geld nicht für Luxuskonsum verwendet.

Quellen:

- § 46 Abs. 2 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>
- § 266 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/266.html>

Tatumstände — Vorsatz und Motivation

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 17.03.2026

Vorsatzform

Direkter Vorsatz (dolus directus 1. Grades)

Bankert handelte nach eigener Einlassung mit direktem Vorsatz (dolus directus 1. Grades). Er wusste und wollte, dass er als Prokurist Gelder auf eigene Konten umleitet, ohne Berechtigung der Müller & Schmitt GmbH. Er erstrebte den Eintritt des Vermögensnachteils bei der GmbH — zumindest als notwendige Begleitfolge seines Handelns.

Einlassung Bankert (Hauptverhandlung 10.03.2026): > "Mir war von Anfang an klar, dass ich Geld weglehnte, das mir nicht gehört. Ich habe mich damit getröstet, dass ich es zurückbringen wollte. Aber ich wusste, dass ich kein Recht dazu hatte."

Diese Einlassung belegt direkten Vorsatz. Bankert kann sich nicht auf verminderten Vorsatz berufen.

Motivation

Primärmotiv: Verlustausgleich aus Pflichtgefühl

Bankert schildert, sein primäres Motiv sei das Bemühen gewesen, einen 2018 entstandenen Verlust von 1,1 Mio. EUR im Klientenmandat Berufsgenossenschaft Handel auszugleichen. Er habe sich verpflichtet gefühlt, diesen Fehler ohne Beteiligung der Geschäftsführung zu bereinigen.

Die Verteidigung wertet dieses Motiv als strafzumessungsrelevant mildernd: Bankert handelte nicht aus reiner Gier oder Bereicherungssucht, sondern aus einem — wenn auch fehlgeleiteten — Pflichtgefühl heraus. Der BGH hat in vergleichbaren Fällen anerkannt, dass das Fehlen eigennütziger Bereicherung das Maß der Schuld beeinflusst (BGH NStZ 2014, 517).

Eskalationsmotiv: Verdeckung und Panik

Als die Solarwind Capital LP-Strategie ab 2022 scheiterte (Verlust der Tatphase-I-Mittel), handelte Bankert zunehmend aus Angst vor Aufdeckung. Die Eskalation in Phase II war nicht mehr durch ein positives Ziel getragen, sondern durch Panik und den Versuch, durch neue Mittel die alten Verluste auszugleichen.

Strafzumessungsrelevanz: Das Eskalationsmotiv ist ambivalent. Es erklärt die Steigerung, aber das BGH hat klargestellt, dass ein Täter, der aus Aufdeckungsangst weiter handelt, sich nicht auf Schuldinderung berufen kann (BGH NStZ 2019, 207).

Persönliche Disposition

Aus dem psychiatrischen Kurzgutachten von Dr. Isabel Haesler (Sachverständige, Frankfurt, Gutachten vom 01.04.2026):

- Keine psychische Erkrankung im Sinne von §§ 20, 21 StGB.

- Ausgeprägte Kontrollillusion und Risikoverschätzung der eigenen Fähigkeiten ("Overconfidence Bias").
- Keine pathologische Gier oder manische Episode.
- Vollständige Schuldfähigkeit zum Tatzeitpunkt.

Strafzumessungserheblichkeit von Vorsatz und Motiv

Nach § 46 Abs. 2 StGB kommen namentlich in Betracht: "die Beweggründe und Ziele des Täters" sowie "die Gesinnung, die aus der Tat spricht, und der bei der Tat aufgewendete Wille".

Bewertungstabelle

Aspekt	Belastend	Mildernd
Direkter Vorsatz	Ja (kein Eventualvorsatz-Privileg)	—
Kein Eigennutz-Konsum	—	Ja (kein Luxusgewinn)
Pflichtgefühl als Auslöser	—	Ja (Motiv, nicht Habgier)
Eskalation aus Panik	Ja (Verschlechterung über Zeit)	—
Vollständige Schuldfähigkeit	Neutral	—
Frühes Geständnis, Reue	—	Ja (§ 46 Abs. 2 StGB)

Zwischenergebnis

Die Vorsatzform und Motivation ergeben ein gemischtes Bild: Voller Vorsatz belastet erheblich; das nicht-konsumtive, ursprünglich pflichtgetriebene Motiv mildert hingegen. Gesamtergebnis: Die Motivlage rechtfertigt keine erhebliche Strafschärfung, unterstützt aber auch keine außerordentliche Milderung. Die Strafzumessungsschuld liegt im mittleren Bereich des § 266 Abs. 2 StGB-Rahmens.

Quelle § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>

Datei: 10-tat-und-taterpersoenlichkeit.md

Tat- und Täterpersönlichkeit

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLS 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 18.03.2026

Persönlichkeitsprofil Konrad Bankert

Soziodemographische Daten

Merkmal	Angabe
Name	Konrad Franz Bankert
Geburtsdatum	17.09.1971
Geburtsort	Dortmund
Wohnort	(bis Verhaftung) Sachsenhäuser Ufer 22, 60594 Frankfurt am Main
Familienstand	Verheiratet seit 1999 mit Sandra Bankert, geb. Rohrmann
Kinder	David Bankert (geb. 1998), Lukas Bankert (geb. 2003)
Schulabschluss	Abitur 1991 (Otto-Hahn-Gymnasium, Dortmund)
Studium	Betriebswirtschaftslehre, Universität Münster, Abschluss 1996, Note: gut
Berufsqualifikation	Steuerberater-Examen 1999; Certified Trustee (STEP, London) 2004

Berufliche Karriere

Zeitraum	Position	Unternehmen
1996–2000	Steuerberater	Kanzlei Brandt & Hessler, Dortmund
2000–2004	Senior Associate Treuhand	Deloitte Trustee Services GmbH, Frankfurt
2004–2008	Associate Director	BDO Trust GmbH, Frankfurt
2008–2024	Prokurist, Bereichsleiter Kapitalanlage	Müller & Schmitt Treuhand GmbH, Frankfurt

Bankert war in der Branche als kompetenter und verlässlicher Fachmann angesehen. Er hielt Vorträge bei Steuerberater-Verbänden und war Mitglied im Fachausschuss Treuhandrecht des Deutschen Steuerberaterverbandes (DStV).

Soziales Umfeld

Familie

- **Ehefrau Sandra Bankert** (geb. 1973): Grundschullehrerin (Pensionierung 2022 aus gesundheitlichen Gründen); seit 2023 schwere Herzerkrankung (dilatativer Kardiomyopathie); steht auf der Transplantationswarteliste des Universitätsklinikums Frankfurt. Ihre medizinische Versorgung erfordert kontinuierliche Begleitung.
- **Sohn David Bankert** (26): Master-Student Betriebswirtschaft, Goethe-Universität Frankfurt; BAföG-berechtigt; hat nach Aufdeckung der Tat einen Studienkredit (18.000 EUR) aufgenommen und dem Vater für die Wiedergutmachung zur Verfügung gestellt.
- **Sohn Lukas Bankert** (23): Master-Student Informatik, TU Darmstadt; eigenständig; hat ebenfalls Studienkredit (12.000 EUR) für die Wiedergutmachung bereitgestellt.

Soziales Netzwerk

- Ehrenamtliches Engagement: Vorsitzender Sportverein TSG Sachsenhausen (Sparte Handball) bis 2024; Mitglied Kirchengemeinde St. Johann, Frankfurt-Sachsenhausen.
- Bekanntenkreis bestätigt durchgängig: Bankert galt als sozial engagiert, hilfsbereit und integer.

Täterpersönlichkeit im strafzumessungsrechtlichen Kontext

§ 46 Abs. 2 StGB — "Vorleben, persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse"

Die Täterpersönlichkeit Bankerts ist vielschichtig:

Positive Aspekte:

- Makelloser beruflicher Werdegang über 28 Jahre.
- Keine Vorstrafen, keine Disziplinarverfahren.
- Stabiles Familienleben und Ehrenamt.
- Echte Reue und Bereitschaft zur Wiedergutmachung.

Negative Aspekte (Tat-bezogen):

- Die Tat ist kein einmaliger Ausrutscher, sondern eine über vier Jahre durchgehaltene Entscheidung.
- Die "Overconfidence"-Disposition (Dr. Haesler, psychiatrisches Kurzgutachten) erklärt die Eskalation, mildert sie aber nicht.

Zwischenfazit

Die Täterpersönlichkeit Bankerts ist von der Tat nicht vollständig einzufangen. Er ist eine Persönlichkeit, die über Jahrzehnte integer war und durch eine — wenn auch verwerfliche — Fehlentscheidung, gepaart mit Panik und Eskalation, erheblichen Schaden angerichtet hat. Dieser Befund ist für die Strafzumessung nach § 46 Abs. 2 StGB ein durchgehender Milderungsgrund.

Quelle § 46 Abs. 2 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>

Datei: 11-lebenslauf-und-vorstrafenfreiheit.md

Lebenslauf und Vorstrafenfreiheit

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 18.03.2026

Lebenslauf Konrad Bankert

Kurzfassung für Strafzumessungsschrift:

Konrad Franz Bankert wurde am 17. September 1971 in Dortmund als zweites Kind der Familie Bankert geboren. Sein Vater, Heinz Bankert (1938–2017), war Bergbauingenieur; seine Mutter, Ilse Bankert geb. Voss (1942–2021), war Hausfrau. Er hat einen älteren Bruder, Werner Bankert (geb. 1968), Ingenieur in Essen.

Schule und Ausbildung

1977–1981: Grundschule Aplerbeck, Dortmund. 1981–1991: Otto-Hahn-Gymnasium, Dortmund. Abitur 1991, Durchschnittsnote 1,7. Leistungskurse Mathematik und Wirtschaft.

1991–1993: Zivildienst bei der Caritas Sozialstation Dortmund-Süd. Bankert gibt an, diese Zeit habe ihn nachhaltig geprägt; er habe gelernt, Verantwortung für andere zu tragen.

1993–1996: Studium der Betriebswirtschaftslehre, Universität Münster (WWU). Schwerpunkte Steuerrecht und internationales Finanzmanagement. Abschluss als Diplom-Kaufmann, Note: gut (2,0).

1996–1999: Berufsausbildung und Steuerberaterexamen (parallel zur Tätigkeit bei Brandt & Hessler). Bestandenes Examen 1999.

2004: Zertifizierung als Certified Trustee (STEP, London). Bankert hat hierfür mehrere Fortbildungswochen in London absolviert.

Berufliche Stationen (vgl. Aktenstück 10)

1996–2000: Steuerberater, Kanzlei Brandt & Hessler, Dortmund. 2000–2004: Senior Associate Treuhand, Deloitte Trustee Services GmbH, Frankfurt. 2004–2008: Associate Director, BDO Trust GmbH, Frankfurt. 2008–2024: Prokurist und Bereichsleiter Kapitalanlage, Müller & Schmitt Treuhand GmbH, Frankfurt.

Bankert wurde 2015 für den "Deutschen Treuhandpreis" der STEP Germany nominiert — eine Auszeichnung für besondere Leistungen im Treuhandwesen.

Familie und Privatleben

1999: Heirat mit Sandra Rohrmann. 1998: Geburt Sohn David. 2003: Geburt Sohn Lukas. 2008: Kauf der Immobilie Sachsenhäuser Ufer 22 (Eigenheim).

Ehrenamtlich: 2010–2024 Vorsitzender TSG Sachsenhausen Handball e.V.; 2012–2024 Kirchenvorstand St. Johann, Frankfurt-Sachsenhausen.

Vorstrafenfreiheit

Bundeszentralregister-Auszug

Gemäß Bundeszentralregisterauszug vom 05.02.2026 (Ref. BZR-2026-0044821) sind für Konrad Bankert keinerlei Eintragungen vorhanden.

- Keine Vorstrafen.
- Keine laufenden Ermittlungsverfahren (vor diesem).
- Keine Bußgeldvermerke.
- Keine Berufszulassungssperren.

Strafzumessungsrechtliche Bedeutung

Die vollständige Vorstrafenfreiheit ist nach gefestigter BGH-Rechtsprechung ein erhebliches Strafmilderungsmoment. Der BGH hat mehrfach betont, dass ein über Jahrzehnte integrier Lebenswandel bei der Strafzumessung besonders zu berücksichtigen ist:

- BGH NJW 2020, 2573: "Ein makelloser Lebenswandel über Jahrzehnte ist als gewichtiger Strafmilderungsgrund anzuerkennen."
- BGH NStZ-RR 2018, 172: Vorstrafenfreiheit bei einem Ersttäter über 50 Jahre ist in der Regel erheblich strafmildernd.
- BGH NStZ 2021, 491: Bei Wirtschaftsstraftätern ohne Vorstrafen ist die Ersttatprämie strukturell verankert.

Die 54-jährige Vorstrafenfreiheit Bankerts, kombiniert mit seinem über Jahrzehnte integren beruflichen und privaten Lebenswandel, rechtfertigt eine erhebliche Strafmilderung gegenüber einem vorbestraften Täter

mit vergleichbarem Tatbild.

Quelle § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>

Datei: 12-folgen-fuer-taeter-und-familie.md

Folgen für Täter und Familie

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 19.03.2026

Überblick

§ 46 Abs. 2 StGB nennt ausdrücklich die "persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse" des Täters sowie die "verschuldeten Auswirkungen der Tat" als Strafzumessungskriterien. Die Folgen für Bankert und seine Familie sind außergewöhnlich schwerwiegend und überschreiten das bei Wirtschaftsstrafsachen typische Maß erheblich.

Folgen für Konrad Bankert persönlich

Beruflich

- Sofortige Kündigung durch Müller & Schmitt Treuhand GmbH am 22.10.2024.
- Widerruf der Prokura am 22.10.2024.
- Berufsverbot: Die Steuerberaterkammer Frankfurt hat das Berufszulassungsverfahren gemäß § 46 Abs. 2 Nr. 3 StBerG eingeleitet; voraussichtlich Berufsausschluss.
- STEP-Zertifikat: Entzug des Certified Trustee-Titels durch STEP International am 15.11.2024.
- Bankert wird nie wieder in seinem Berufsfeld arbeiten können.

Finanziell

- Privatinsolvenz beantragt November 2024; Insolvenzverfahren eröffnet.
- Sämtliches Vermögen liquidiert für Wiedergutmachung (4,2 Mio. EUR).
- Aktuell: kein Einkommen, keine Ersparnisse, keine Altersvorsorge.
- Rentenversicherungsansprüche: Voraussichtliche Rente ca. 1.100 EUR/Monat (nach 28 Berufsjahren).

Gesundheitlich

- Psychiatrisches Gutachten (Dr. Haesler, 01.04.2026): Reaktive Depression (ICD-10 F32.1) seit Oktober 2024; medikamentös behandelt in der JVA Frankfurt I.
- Schlafstörungen, Gewichtsverlust (12 kg seit Oktober 2024).
- Suizidalität verneint.

Freiheitsentzug

Bankert befindet sich seit 19.01.2026 in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I. Die Haftbedingungen sind hart; er teilt eine Zelle mit einem Mitgefangenen; die Besuchszeiten für Sandra Bankert sind aufgrund deren Herzerkrankung auf ein Minimum begrenzt (begleiteter Besuch mit Rollstuhl, 1x pro Woche).

Folgen für die Familie

Ehefrau Sandra Bankert

Sandra Bankert (52) leidet an dilatativer Kardiomyopathie (schwere Herzerkrankung) und steht auf der Transplantationswarteliste des Universitätsklinikums Frankfurt seit August 2024 (Dringlichkeitsstufe: dringlich / T-HU). Ihre Lebenserwartung ohne Transplantation: unter 3 Jahre (Facharztbericht Prof. Dr. Gerhard Müller-Karst, Kardiologe, UKF, Datum 12.01.2026).

Die Inhaftierung Bankerts bedeutet:

- Wegfall der täglichen Pflege und Begleitung durch Bankert.
- Sandra Bankert lebt nun allein in einer kleinen Mietwohnung (nach Hausverkauf); Pflege durch ambulanten Pflegedienst (3x täglich; Kosten ca. 2.800 EUR/Monat; finanziert durch Pflegestufe 3).
- Die emotionale Belastung durch Verhaftung und Urteil hat nach ärztlichem Attest die Herzerkrankung verschlechtert.

Söhne

- **David Bankert (26):** Studienkredit aufgenommen; Studienabschluss verzögert; psychologische Beratung begonnen.
- **Lukas Bankert (23):** Studienkredit aufgenommen; übernimmt seit Oktober 2024 die Koordination der Mutterpflege neben dem Studium.

Strafzumessungsrechtliche Würdigung

Der BGH hat in ständiger Rechtsprechung betont, dass erhebliche außertatliche Belastungen — insbesondere schwere Erkrankungen naher Angehöriger — bei der Strafzumessung zu berücksichtigen sind (BGH NStZ-RR 2016, 204; BGH NJW 2015, 1824). Die lebensbedrohliche Erkrankung der Ehefrau und die Pflegebedürftigkeit sind strafmildernd zu werten. Die Strafzumessungsschuld wird dadurch zwar nicht gemindert, aber die individuellen Folgen der Strafverbüßung sind außergewöhnlich, was bei der Strafzumessung und der Bewährungsentscheidung erhebliches Gewicht hat.

Quelle § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>

Datei: 13-schadenswiedergutmachung-46a-stgb.md

Schadenswiedergutmachung — § 46a StGB

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 20.03.2026

§ 46a StGB — Täter-Opfer-Ausgleich, Schadenswiedergutmachung

Gesetzestext (auszugsweise): > Hat der Täter in Fällen, in denen die Wiedergutmachung des Schadens oder eines erheblichen Teils des Schadens oder in denen der Ausgleich mit dem Verletzten durch eigene Leistungen, persönlichen Einsatz oder Verzicht erreicht worden ist, so kann das Gericht die Strafe nach § 49 Abs. 1 mildern oder, wenn keine Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr verwirkt ist, von Strafe absehen.

Quelle: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>

Tatbestandsvoraussetzungen § 46a StGB

Nr. 1 — Schadenswiedergutmachung durch eigene Leistungen

Die Verteidigung sieht die Voraussetzungen des § 46a Nr. 1 StGB als gegeben an:

Zahlung 4,2 Mio. EUR: Die Zahlung von 4,2 Mio. EUR an die Müller & Schmitt Treuhand GmbH als Geschädigte erfolgte am 15.01.2025, also noch vor Eröffnung des Hauptverfahrens. Die Zahlung stammt aus:

Quelle	Betrag
Verkauf Immobilie Sachsenhäuser Ufer 22	1.100.000 EUR
Auflösung Wertpapierdepot (Bankert)	1.640.000 EUR
Lebensversicherungen (zwei Policen)	840.000 EUR
Sparkonto Bankert	620.000 EUR
Gesamt	**4.200.000 EUR**

Hinzu kommen die Beiträge der Familie:

- Sandra Bankert verzichtet auf ihren hälftigen Erlösanteil aus dem Hausverkauf (ca. 550.000 EUR, die in den 1,1 Mio. EUR eingerechnet sind).
- David Bankert: 18.000 EUR Studienkredit als Beitrag.
- Lukas Bankert: 12.000 EUR Studienkredit als Beitrag.

"Erheblicher Teil des Schadens"

Die Rechtsprechung des BGH zu § 46a StGB fordert keine vollständige Wiedergutmachung. Die Zahlung von 4,2 Mio. EUR entspricht 46,7 % des Gesamtschadens von 9 Mio. EUR. Der BGH hat eine Wiedergutmachung von 40–50 % als "erheblichen Teil" im Sinne des § 46a StGB anerkannt, wenn die Zahlung aus echten Opfern des Täters resultiert (BGH NJW 2015, 84; BGH NStZ-RR 2019, 172).

Opferqualität der Leistung

Die Verteidigung betont, dass Bankert buchstäblich alles veräußert hat, was er besaß. Er hat keine Rücklagen behalten. Insbesondere der Verzicht auf die Altersvorsorge (Lebensversicherungen, Depot) bei einem 54-jährigen Mann, der wegen der Straftat keine neue berufliche Perspektive hat, belegt die Opferqualität im Sinne des § 46a StGB.

Rechtsfolge: § 49 Abs. 1 StGB — Strafraahmenverschiebung

Liegen die Voraussetzungen des § 46a StGB vor, kann das Gericht die Strafe gemäß § 49 Abs. 1 StGB mildern:

Strafrahmen	Ohne Milderung	Mit § 49 Abs. 1 StGB
Mindeststrafe § 266 Abs. 2	1 Jahr	3 Monate
Höchststrafe § 266 Abs. 2	10 Jahre	7 Jahre 6 Monate

Die Strafrahmenverschiebung ist keine Pflicht, sondern "kann" — das Gericht hat Ermessen. Die Verteidigung wird beantragen, dass das Ermessen hier zwingend zugunsten der Milderung ausgeübt wird, weil:

1. Die Wiedergutmachungsleistung außergewöhnlich hoch ist (4,2 Mio. EUR).
2. Sie von echter persönlicher Opferbereitschaft getragen ist.
3. Der Verletzte (Müller & Schmitt GmbH) die Zahlung als "erhebliche Genugtuung" schriftlich bestätigt hat (Schreiben GF Markus Schmitt, 18.01.2025).

Fehler des LG Frankfurt (Revisionsrelevanz)

Das LG Frankfurt hat im Urteil vom 21.04.2026 die Strafrahmenverschiebung nach § 49 Abs. 1 StGB abgelehnt und ausgeführt, die Wiedergutmachung von knapp 47 % sei "nicht ausreichend erheblich". Diese Begründung ist revisionsrechtlich angreifbar: Der BGH hat keine starre Prozenzhürde etabliert; die Frage der Erheblichkeit ist einzelfallbezogen. Die Ablehnung ohne vertiefte Würdigung der Opferqualität der Leistungen verstößt gegen die Begründungspflicht nach § 267 StPO.

Quellen:

- § 46a StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>
- § 49 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/49.html>

Datei: 14-tateinheitliche-und-tatmehrheitliche-bewertung.md

Tateinheitliche und tatmehrheitliche Bewertung

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 21.03.2026

Konkurrenzen bei Serienstraftaten — § 266 StGB

Bei wiederholten Vermögensstraftaten stellt sich stets die Frage, ob die einzelnen Tatakte in Tateinheit (§ 52 StGB) oder Tatmehrheit (§ 53 StGB) stehen. Dies hat erhebliche Auswirkungen auf die Strafzumessung.

Position der Staatsanwaltschaft: 110 selbständige Taten (§ 53 StGB)

Die Staatsanwaltschaft hat in der Anklageschrift 110 selbständige Fälle der Untreue im Verhältnis der Tatmehrheit nach § 53 StGB angenommen. Begründung:

- Jede der 110 Überweisungen ist ein eigenständiger Entschluss und eine eigenständige Ausführungshandlung.
- Zwischen den Überweisungen liegen zum Teil Wochen oder Monate — kein enger räumlicher Zusammenhang.
- Jede Überweisung bewirkt einen separaten Vermögensnachteil.

Rechtsfolge § 53 StGB: Bildung einer Gesamtstrafe. Die Einsatzstrafe (schwerste Einzeltat) wird erhöht, darf aber die Summe aller Einzelstrafen nicht erreichen.

Position der Verteidigung: Fortgesetzte Handlung oder Serientat mit einheitlichem Rahmen

Die Verteidigung argumentiert für eine günstigere Konkurrenzbeurteilung:

These 1: Natürliche Handlungseinheit

Innerhalb der beiden Tatphasen könnten mehrere Überweisungen zur natürlichen Handlungseinheit zusammengefasst werden, wenn sie einem einheitlichen Tatentschluss und einem engen räumlich-zeitlichen Zusammenhang entspringen (BGH NStZ 2017, 411).

Zwar hat der BGH die "Figur der fortgesetzten Handlung" 1994 (BGHSt 40, 138) weitgehend aufgegeben. Eine natürliche Handlungseinheit verbleibt aber möglich, wenn mehrere Einzelakte auf einem einheitlichen Willensentschluss beruhen und sich als Teil eines einheitlichen Lebensvorgangs darstellen.

These 2: Strafzumessungslösung bei Serientaten

Selbst bei Annahme von Tatmehrheit nach § 53 StGB kann das Gericht bei Serientaten mit identischem Modus operandi die Gesamtstrafe nach dem Gesamtunrechtsgehalt zumessen, ohne jede Einzeltat punktgenau zu bewerten (BGH NStZ-RR 2020, 108; BGH 3 StR 175/19).

LG Frankfurt: Tatmehrheit (110 Fälle), Gesamtstrafe

Das LG Frankfurt hat in der Hauptverhandlung Tatmehrheit gemäß § 53 StGB angenommen:

- Einsatzstrafe (schwerste Einzeltat, Fall 87: 280.000 EUR): 1 Jahr 8 Monate.
- 109 weitere Einzelstrafen im Bereich 6 Monate bis 1 Jahr 4 Monate.
- Gesamtstrafenbildung: 3 Jahre 2 Monate (erheblich unter der Summe aller Einzelstrafen von rechnerisch über 90 Jahren).

Die Gesamtstrafe von 3 J 2 M liegt nach Auffassung der Kammer "im unteren Drittel des schuldangemessenen Bereichs" — eine Begründung, die die Verteidigung für unzureichend hält (fehlt konkrete Abwägung der Strafzumessungsfaktoren nach § 46 StGB).

Revisionsrelevanz der Konkurrenzfrage

Die Frage, ob das LG die Konkurrenzen korrekt bewertet hat, ist revisionsrechtlich grundsätzlich überprüfbar (§ 337 StPO). Fehler bei der Gesamtstrafenbildung führen regelmäßig zur Aufhebung des Strafausspruchs:

- Fehlerhafte Einsatzstrafe: Wenn die Einsatzstrafe überhöht ist, infiziert dies die Gesamtstrafe.

- Fehlerhafte Gesamtstrafenbildung: Wenn das LG keine ausreichende Begründung für den Erhöhungsbetrag liefert, liegt ein Darstellungsfehler vor (BGH NSTZ 2022, 51).

Zusammenfassung

Position	Rechtliche Grundlage	Straffolge
StA (110 Einzeltaten)	§ 53 StGB	Gesamtstrafe erhöht
Verteidigung (natürliche Einheit)	Natürliche Handlungseinheit	Mildere Gesamtstrafe
LG Frankfurt (110 Taten, Gesamtstrafe)	§ 53 StGB	3 J 2 M
BGH (mögliche Revision)	§ 337 StPO	Aufhebung möglich

Quellen:

- § 52 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/52.html>
- § 53 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/53.html>
- § 337 StPO: <https://dejure.org/gesetze/StPO/337.html>

Datei: 15-strafzumessungs-vergleichsrechtsprechung-bgh-st-1-50.md

Strafzumessungs-Vergleichsrechtsprechung — BGHSt 1, 50 und BGH 1 StR

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 22.03.2026

Grundsatzentscheidung BGHSt 1, 50

Leitsatz: Der Tatrichter ist nicht an eine bestimmte Straftheorie gebunden, hat aber alle für und gegen den Täter sprechenden Umstände gegeneinander abzuwägen. Die Strafzumessung muss im Urteil so dargestellt werden, dass das Revisionsgericht die Rechtmäßigkeit der Entscheidung überprüfen kann.

BGHSt 1, 50 (BGH, Urteil vom 10.11.1951 — 2 StR 397/51): Diese frühe Grundsatzentscheidung etabliert, dass Strafzumessung keine mechanische Rechenaufgabe ist, sondern eine wertende Gesamtschau erfordert. Sie bildet die dogmatische Grundlage für die spätere Spielraum-Theorie (BGHSt 7, 28).

Quelle: <https://openjur.de/>

BGH 1 StR — Untreue-Rechtsprechung (Vergleichsfälle)

Fall 1: BGH 1 StR 354/17 (2018)

Sachverhalt: Untreue als Vermögensverwalter; Schaden 8,3 Mio. EUR über 5 Jahre; keine Schadenswiedergutmachung; Geständnis erst in der Hauptverhandlung.

Strafauusspruch: 4 Jahre 6 Monate Freiheitsstrafe; keine Bewährung.

Relevanz für Bankert: Weist auf 4,5 Jahre bei fehlendem § 46a StGB hin. Bei Bankert: Geständnis vor Ermittlungsbeginn und 47 % Wiedergutmachung rechtfertigen erhebliche Unterschreitung.

Fall 2: BGH 1 StR 112/20 (2021)

Sachverhalt: Untreue als GmbH-Geschäftsführer; Schaden 5,2 Mio. EUR über 3 Jahre; vollständige Schadenswiedergutmachung durch Vermögensveräußerung; Geständnis im Ermittlungsverfahren; Vorstrafenfreiheit.

Strafauusspruch: 2 Jahre 8 Monate auf Bewährung (§ 56 Abs. 2 StGB), § 46a StGB-Milderung angewandt.

Relevanz für Bankert: Direktes Pendant. Bei vollständiger Wiedergutmachung und Geständnis 2 J 8 M auf Bewährung trotz 5,2 Mio. EUR Schaden. Bankert hat höheren Schaden, aber ähnliche Milderungsfaktoren und 47 % Wiedergutmachung. Spricht für 2 J 6 M bis 3 J auf Bewährung.

Fall 3: BGH 1 StR 209/19 (2019)

Sachverhalt: Untreue als Bankprokurist; Schaden 11,4 Mio. EUR über 6 Jahre; keine Wiedergutmachung; Geständnis in der HV; Vorstrafenfreiheit.

Strafauusspruch: 5 Jahre Freiheitsstrafe; keine Bewährung (§ 56 Abs. 3 StGB: Verteidigung der Rechtsordnung).

Relevanz: Zeigt, dass ohne Wiedergutmachung und bei höherem Schaden 5 Jahre möglich. Bankert deutlich günstiger gestellt.

Fall 4: BGH 1 StR 408/22 (2023)

Sachverhalt: Untreue als Vereinskassierer; Schaden 890.000 EUR; vollständige Wiedergutmachung; Geständnis.

Strafauusspruch: 1 Jahr 6 Monate auf Bewährung; § 46a StGB-Milderung.

Relevanz: Kleiner Schaden, aber Methodik der § 46a StGB-Anwendung gilt auch für höhere Schäden.

Tabellarischer Vergleich

Fall	AZ	Schaden	WGM	Geständnis	Vorstrafen	Strafmaß	Bewährung
Bankert	LG FFM 5-22 KLS 188/26	9 Mio.	4,2 Mio. (47 %)	vor Ermittlung	nein	3 J 2 M	nein (angefochten)
BGH 1 StR 354/17	1 StR 354/17	8,3 Mio.	0	in HV	nein	4 J 6 M	nein
BGH 1 StR 112/20	1 StR 112/20	5,2 Mio.	vollständig	im EV	nein	2 J 8 M	ja
BGH 1 StR 209/19	1 StR 209/19	11,4 Mio.	0	in HV	nein	5 J	nein

Fall	AZ	Schaden	WGM	Geständnis	Vorstrafe	Strafmaß	Bewährung
BGH 1 StR 408/22	1 StR 408/22	0,89 Mio.	vollständig	im EV	nein	1 J 6 M	ja

Schlussfolgerung für Bankert

Die Vergleichsrechtsprechung zeigt, dass das Urteil des LG Frankfurt von 3 J 2 M ohne Bewährung im Licht des BGH 1 StR 112/20 (2021) revisionsanfällig ist: Bei vergleichbarem Tatbild (Untreue als Prokurist, Schaden in vergleichbarer Größenordnung, Geständnis im Ermittlungsverfahren, erhebliche Wiedergutmachung) wurde Bewährung gewährt. Das LG hat die Vergleichsrechtsprechung nicht hinreichend berücksichtigt.

Quelle BGH: <https://www.bundesgerichtshof.de/>

Quelle Urteile: <https://openjur.de/>

Datei: 16-spielraum-theorie-bgh-st-7-28.md

Spielraum-Theorie — BGHSt 7, 28

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 23.03.2026

Grundsatz: BGHSt 7, 28 — Spielraum-Theorie

Leitsatz (BGHSt 7, 28, BGH Urteil vom 10.11.1954 — 5 StR 476/54):

> Die Strafe muss schuldangemessen sein. Es gibt jedoch nicht nur eine einzige schuldangemessene Strafe, sondern einen Spielraum schuldangemessener Strafen, innerhalb dessen der Richter die Strafe nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt. Präventive Gesichtspunkte dürfen die Strafe innerhalb dieses Spielraums, nicht aber über seine Grenzen hinaus beeinflussen.

Quelle: BGHSt 7, 28; <https://openjur.de/>

Die drei Elemente der Spielraum-Theorie

1. Schuldrahmen (Strafzumessungsschuld)

Der Schuldrahmen ist die äußere Grenze: Er wird nach oben durch den maximalen Schuldgehalt der Tat (hier: § 266 Abs. 2 StGB, 10 Jahre) und nach unten durch das Mindestmaß begrenzt. Der Tatrichter darf keine Strafe außerhalb dieses Rahmens verhängen.

Im Fall Bankert:

- Ohne § 46a StGB: Mindest 1 Jahr, Höchst 10 Jahre.
- Mit § 46a StGB + § 49 Abs. 1 StGB (Milderung): Mindest 3 Monate, Höchst 7 Jahre 6 Monate.

2. Spielraum schuldangemessener Strafen

Innerhalb des Schuldrahmens gibt es nicht eine einzige "richtige" Strafe, sondern einen Spielraum, in dem mehrere Strafen schuldangemessen wären. Der BGH (BGHSt 7, 28) stellt klar, dass der Tatrichter nicht gezwungen ist, die "punktgenaue" Strafe zu finden.

Spielraum im Fall Bankert (Verteidigungsberechnung):

- Schuldrahmen: 1 bis 7 J 6 M (mit § 46a-Milderung möglich).
- Spielraum: nach Abwägung aller Strafzumessungsumstände: 2 bis 4 Jahre Freiheitsstrafe.
- Innerhalb dieses Spielraums sind 2 J 6 M (Verteidigungsantrag) und 3 J 2 M (LG-Urteil) beide vertretbar.

3. Präventive Modifikation innerhalb des Spielraums

Generalprävention und Spezialprävention dürfen die konkrete Strafe innerhalb des Spielraums beeinflussen — aber nicht außerhalb. Eine Straferhöhung über den Spielraum hinaus aus generalpräventiven Gründen ist unzulässig.

Bedeutung für Bewährungsfrage (§ 56 Abs. 3 StGB): § 56 Abs. 3 StGB ("Verteidigung der Rechtsordnung") erlaubt die Versagung der Bewährung auch bei günstiger Sozialprognose, wenn die Vollstreckung im Hinblick auf das allgemeine Rechtsempfinden unerlässlich erscheint. Die Verteidigung wendet ein: Bei einer Strafe am unteren Rand des Spielraums (2 J 6 M) und erheblicher Wiedergutmachung ist § 56 Abs. 3 StGB nicht anwendbar, weil das allgemeine Rechtsempfinden die Vollstreckung nicht unbedingt erfordert.

Fehler des LG Frankfurt im Licht der Spielraum-Theorie

Das LG Frankfurt hat im Urteil (Aktenstück 20) ausgeführt, die Strafe von 3 J 2 M liege "im unteren Drittel des schuldangemessenen Spielraums". Diese Formulierung ist revisionswürdig:

Fehler 1: Das LG hat den Spielraum nicht konkret bestimmt. Ohne Angabe der oberen und unteren Grenze des Spielraums lässt sich nicht nachprüfen, ob 3 J 2 M tatsächlich im unteren Drittel liegt.

Fehler 2: Das LG hat nicht begründet, warum es trotz der erheblichen § 46a StGB-Milderungsmöglichkeit keine Strafraumenverschiebung nach § 49 StGB vorgenommen hat. Ohne Strafraumenverschiebung beginnt der Spielraum bei 1 Jahr; mit Verschiebung läge er tiefer. Diese Unterlassung verfälscht die Spielraumberechnung.

Fehler 3: Das LG hat den Spielraum mit der Bewährungsfrage vermengt. Die Spielraum-Theorie regelt die Strafhöhe; die Bewährungsentscheidung nach § 56 StGB ist ein eigenständiger Prüfungsschritt. Das LG hat die Bewährungsversagung nicht hinreichend von der Strafzumessung getrennt.

Revisionsrechtliche Konsequenz

Strafzumessungsfehler nach § 337 StPO sind dann revisibel, wenn:

1. Das Gericht von unrichtigen tatsächlichen Grundlagen ausgegangen ist.
2. Das Gericht einen falschen Bewertungsmaßstab angelegt hat.
3. Die Begründung des Urteils die Überprüfung durch das Revisionsgericht nicht ermöglicht.

Alle drei Fehler liegen im Urteil des LG Frankfurt vor. Der BGH 5. Senat wird voraussichtlich den Strafausspruch aufheben und zur erneuten Verhandlung an das LG zurückverweisen.

Quelle BGHSt 7, 28: <https://openjur.de/>

Quelle § 337 StPO: <https://dejure.org/gesetze/StPO/337.html>

Strafzumessungsvorschlag der Verteidigung — 2 Jahre 6 Monate auf Bewährung

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Prof. Dr. H. Wittfeldt-Steinheim

Datum: 18.04.2026 (vor Plädoyer)

Zusammenfassung des Strafzumessungsvorschlags

Die Verteidigung beantragt eine Freiheitsstrafe von **2 Jahren und 6 Monaten mit Strafaussetzung zur Bewährung** gemäß § 56 Abs. 2 StGB.

Begründung

I. Strafraahmen

Ausgangs-Strafraahmen: § 266 Abs. 2 StGB: 1 Jahr bis 10 Jahre.

Mit Strafraahmenverschiebung nach § 46a StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB: 3 Monate bis 7 Jahre 6 Monate.

Die Verteidigung beantragt die Strafraahmenverschiebung. Die Voraussetzungen des § 46a Nr. 1 StGB sind erfüllt (Zahlung 4,2 Mio. EUR aus eigenen Mitteln, vor der Hauptverhandlung, auf der Grundlage der freiwilligen Selbstanzeige).

II. Strafzumessungsabwägung (§ 46 Abs. 2 StGB)

Belastende Umstände:

1. Schadenshöhe 9 Mio. EUR (Gesamtschaden) — gewichtigstes belastendes Moment.
2. Tatdauer 4 Jahre und planmäßige Ausführung — erheblich.
3. Verdeckungshandlungen — erschwerend.
4. Missbrauch des Vertrauensverhältnisses — mittelgewichtig.

Mildernde Umstände:

1. Geständnis vor Ermittlungsbeginn — gewichtiger Milderungsgrund.
2. Schadenswiedergutmachung 4,2 Mio. EUR (47 % des Gesamtschadens) — erhebliche Milderung.
3. Vollständige Vorstrafenfreiheit (54 Jahre) — erheblich.
4. Kein Eigennutz-Konsum der Taterlöse.
5. Handeln aus Pflichtgefühl (Verlustrausgleich), nicht aus Habgier.
6. Außergewöhnliche persönliche Folgen (Berufsverlust, Insolvenz, schwer kranke Ehefrau).
7. Kooperationsbereitschaft im Ermittlungsverfahren.

Gesamtabwägung:

Die mildernden Umstände überwiegen in ihrer Gesamtwirkung. Insbesondere die Kombination aus frühzeitigem Geständnis, erheblicher Schadenswiedergutmachung und außergewöhnlichen persönlichen Folgen rechtfertigt eine Strafe an der Untergrenze des schuldangemessenen Spielraums.

Ergebnis: Eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten ist schuldangemessen.

III. Strafaussetzung zur Bewährung (§ 56 Abs. 2 StGB)

Bei einer Strafe von 2 Jahren und 6 Monaten ist § 56 Abs. 2 StGB (besondere Umstände) erforderlich. Die Verteidigung sieht folgende besondere Umstände:

§ 56 Abs. 2 StGB — besondere Umstände:

- § 46a StGB-Wiedergutmachung: Die erhebliche Schadenswiedergutmachung ist ein hervorgehobener Umstand, der Bewährung rechtfertigt (BGH NJW 2015, 84).
- Lebensbedrohliche Erkrankung der Ehefrau: Außergewöhnliche Härte der Vollstreckung (BGH NStZ-RR 2016, 204).
- Vollständige Vorstrafenfreiheit: Bekräftigt günstige Sozialprognose.
- Geständnis und Kooperation: Belegt Bereitschaft zur Normanerkennung.

§ 56 Abs. 1 StGB — Sozialprognose:

- Ersttäter, stabiles soziales Umfeld (trotz Krise), Arbeitswillen erklärt.
- Psychiatrisches Gutachten Dr. Haesler: keine Persönlichkeitsstörung; keine Rückfallgefahr.
- Bewährungsprognose: günstig.

§ 56 Abs. 3 StGB — Verteidigung der Rechtsordnung: Bei einer Strafe von 2 J 6 M und erheblicher Schadenswiedergutmachung ist das allgemeine Rechtsempfinden durch eine Bewährungsstrafe nicht verletzt. Der BGH hat ausdrücklich klargestellt, dass § 56 Abs. 3 StGB restriktiv anzuwenden ist und nicht bei jedem erheblichen Schaden greift, wenn alle anderen Milderungsumstände für Bewährung sprechen (BGH NStZ 2021, 375).

Bewährungsauflagen (Antrag)

Die Verteidigung beantragt als Bewährungsauflagen:

1. Monatliche Schadensersatzzahlung 2.000 EUR an Müller & Schmitt Treuhand GmbH (60 Monate = 120.000 EUR).
2. Bewährungszeit 3 Jahre; Bewährungshelfer nach Wahl des Gerichts.
3. Berufsverbot im Treuhand- und Finanzdienstleistungsbereich (freiwillig angeboten).
4. Meldepflicht bei der Bewährungshilfe Frankfurt (monatlich).

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim Rechtsanwältin, Frankfurt am Main WS-2026-STR-0414

Quellen:

- § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>
- § 46a StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>

Datei: 18-bewahrungsprognose-56-stgb.md

Bewährungsprognose — § 56 StGB

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Bearbeitung: Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Datum: 19.04.2026

§ 56 StGB — Strafaussetzung zur Bewährung

§ 56 Abs. 1 StGB: Bei der Verurteilung zu Freiheitsstrafe von nicht mehr als einem Jahr setzt das Gericht die Vollstreckung der Strafe zur Bewährung aus, wenn zu erwarten ist, dass der Verurteilte sich schon die Verurteilung zur Warnung dienen lassen und künftig auch ohne die Einwirkung des Strafvollzugs keine Straftaten mehr begehen wird.

§ 56 Abs. 2 StGB: Das Gericht kann unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 auch bei Verurteilung zu Freiheitsstrafe von mehr als einem Jahr bis zu zwei Jahren die Vollstreckung aussetzen, wenn nach der Gesamtwürdigung von Tat und Persönlichkeit des Verurteilten besondere Umstände vorliegen, die eine Aussetzung rechtfertigen.

Quelle: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>

Prognosegutachten / Sozialprognose

Psychiatrisches Kurzgutachten (Dr. Isabel Haesler, Frankfurt, 01.04.2026)

Aufgabe: Einschätzung der Rückfallwahrscheinlichkeit und Bewährungseignung des Angeklagten Konrad Bankert.

Ergebnisse:

Diagnose: Reaktive Depression (ICD-10 F32.1) als Reaktion auf die Tatentdeckung und Untersuchungshaft; behandelt mit Sertralin 100 mg/d; stabiler Zustand.

Persönlichkeitsstruktur: Keine Persönlichkeitsstörung im klinischen Sinne. Ausgeprägte Gewissenhaftigkeit und Pflichtorientierung; "Overconfidence Bias" als kognitiver Risikofaktor (Überschätzung eigener Handlungsfähigkeit); keine pathologische Impulsivität.

Suchtanamnese: Kein Alkohol- oder Substanzmissbrauch. Kein Spielverhalten.

Rückfallprognose: Gering. Die Rahmenbedingungen, unter denen die Tat möglich war (Prokuristenstelle, Zugangsmöglichkeiten) sind dauerhaft entfallen; eine erneute Begehung vergleichbarer Straftaten erscheint unwahrscheinlich.

Gutachtliche Einschätzung: > "Herr Bankert zeigt echte Reue und hat Verantwortung übernommen. Die Tat resultierte aus einer spezifischen Konstellation (berufliche Sonderposition, finanzieller Druck, kognitive Fehlbewertung), die sich nicht wiederholen wird. Die Rückfallgefahr ist gering. Eine Bewährungs-Eignung ist aus psychiatrischer Sicht zu bejahen."

Bewährungsvoraussetzungen im Einzelnen

§ 56 Abs. 1 StGB (bis 2 Jahre)

Kriterium	Bankert
Zu erwartende Warnung durch Verurteilung	Ja — Bankert zeigt echte Erschütterung; er versteht die Konsequenzen
Keine künftigen Straftaten zu erwarten	Ja — psychiatrische Prognose günstig; berufliche Rahmenbedingungen entfallen
Gesamtwürdigung	Positiv

§ 56 Abs. 2 StGB (bis 2 Jahre; besondere Umstände)

Die Verteidigung hat folgende "besondere Umstände" i.S.d. § 56 Abs. 2 StGB herausgearbeitet:

1. **§ 46a StGB-Wiedergutmachung:** Erhebliche Schadenskompensation als herausgehobener Umstand. Der BGH hat mehrfach bestätigt, dass § 46a-Wiedergutmachung auch bei § 56 Abs. 2 StGB als besonderer Umstand anzuerkennen ist.
2. **Lebensbedrohliche Erkrankung der Ehefrau:** Die Strafvollstreckung trifft nicht nur Bankert, sondern verursacht bei seiner schwer herzerkrankten Ehefrau eine Gefährdung des Lebens (fehlende Begleitung). Der BGH hat anerkannt, dass außergewöhnliche Härten für Familienangehörige besondere Umstände begründen können (BGH NStZ-RR 2016, 204).
3. **54 Jahre Vorstrafenfreiheit:** Bei einem Ersttäter in diesem Alter mit diesem Lebensweg überwiegen die positiven Prognosefaktoren.
4. **Vollumfängliches Geständnis vor Ermittlungsbeginn:** Belegt nicht nur strafzumessungsrechtliche Milderung, sondern auch die Bereitschaft zur Normanerkennung, die für die Sozialprognose konstitutiv ist.

§ 56 Abs. 3 StGB (Verteidigung der Rechtsordnung)

Auch bei günstiger Prognose kann Bewährung versagt werden, wenn dies zur Verteidigung der Rechtsordnung unerlässlich ist. Die Verteidigung argumentiert:

- Der Begriff "Verteidigung der Rechtsordnung" ist restriktiv auszulegen (BGH NStZ 2021, 375).
- Bei einer Strafe von 2 J 6 M und erheblicher Wiedergutmachung ist eine Bewährungsstrafe für das allgemeine Rechtsempfinden nicht unvertretbar.
- Insbesondere die öffentliche Zahlung von 4,2 Mio. EUR als Wiedergutmachung demonstriert Verantwortungsübernahme; das allgemeine Rechtsempfinden wird damit befriedigt.

Zusammenfassung

Die Bewährungsprognose für Konrad Bankert ist günstig. Sämtliche Voraussetzungen des § 56 Abs. 1 und Abs. 2 StGB sind erfüllt. § 56 Abs. 3 StGB greift nicht ein. Die Versagung der Bewährung durch das LG Frankfurt ist revisionsrechtlich angreifbar.

Quellen:

- § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>
- BGH Rechtsprechung: <https://www.bundesgerichtshof.de/>

Datei: 19-plaedoyer-strafzumessungskern.md

Plädoyer — Strafzumessungskern

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Verteidigerin: Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim

Verhandlungstag: 21. April 2026, 7. Hauptverhandlungstag

Saal 168, Landgericht Frankfurt am Main

Plädoyer der Verteidigung

Gehalten von Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim am 21.04.2026

Sehr geehrte Vorsitzende Richterin Dr. Brendel, sehr geehrte Damen und Herren der Kammer, ich komme nun zum Kern meines Plädoyers: zur Strafzumessung.

I. Das Gewicht der Tat

Ich stehe nicht hier, um die Tat meines Mandanten kleinzureden. Konrad Bankert hat über vier Jahre systematisch Fremdvermögen umgeleitet und damit 9 Millionen Euro Schaden verursacht. Das ist schwer. Das ist strafbar. Das ist Untreue nach § 266 StGB, und mein Mandant bekennt sich dazu.

Aber, sehr geehrte Kammer, § 46 StGB verpflichtet Sie nicht zur Abschreckungsstrafe. § 46 StGB verpflichtet Sie zur **schuldangemessenen** Strafe. Und Schuld — das hat der BGH in BGHSt 7, 28 unmissverständlich klargestellt — ist ein Spielraum, kein Punkt.

II. Was die Tat nicht war

Konrad Bankert hat kein Geld für Villen, Yachten oder Urlaube verwendet. Er hat Geld — das fremdes war — in eine riskante Strategie gesteckt, um einen alten Fehler zu heilen, für den er sich verantwortlich fühlte. Das ändert nichts an der Strafbarkeit. Aber es ändert die Gesinnung. § 46 Abs. 2 StGB fragt ausdrücklich: Was waren die Beweggründe und Ziele? Die Beweggründe Bankerts waren nicht Habgier — sie waren fehlgeleitetes Pflichtgefühl.

III. Die Wiedergutmachung

Mein Mandant hat alles gegeben. Buchstäblich alles.

Das Haus — weg. Die Lebensversicherungen — weg. Das Depot — weg. Die Ersparnisse — weg. 4,2 Millionen Euro. Seine Frau Sandra, die mit einem schwer kranken Herzen auf eine Transplantation wartet, hat auf ihren Anteil am Hauserlös verzichtet. Seine Söhne David und Lukas haben Studienkredite aufgenommen. Diese Familie hat für die Wiedergutmachung alles geopfert.

§ 46a StGB ist nicht nur ein Milderungsgrund. § 46a StGB ist — nach dem ausdrücklichen Willen des Gesetzgebers — die gesetzliche Anerkennung der besonderen Strafwürdigkeit des täterseits unternommenen Ausgleichs. Diese Norm muss gewirkt werden. Und sie wirkt durch eine Strafrahmenschiebung nach § 49 StGB — die ich ausdrücklich beantrage.

IV. Der Mensch Konrad Bankert

Ich bitte die Kammer, den Menschen zu sehen. 54 Jahre, keine einzige Vorstrafe. 28 Jahre berufliche Integrität. Zivildienst bei der Caritas. Vorsitzender eines Sportvereins. Mitglied des Kirchenvorstands.

Eine Tat von vier Jahren in einem Leben von 54 Jahren. Die BGH-Rechtsprechung — BGH NJW 2020, 2573 — sagt: Das zählt. Das ist ein gewichtiger Milderungsgrund.

V. Der Bewährungsantrag

Ich beantrage eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten mit Strafaussetzung zur Bewährung nach § 56 Abs. 2 StGB.

Der psychiatrische Sachverständige — Dr. Haesler — sagt Ihnen: Rückfallgefahr gering. Bewährungseignung bejaht.

§ 56 Abs. 3 StGB — Verteidigung der Rechtsordnung — greift nicht. Ein Mann, der 4,2 Millionen Euro zurückgezahlt hat, der seine ganze Familie für die Wiedergutmachung belastet hat, hat nicht die Rechtsordnung verhöhnt. Er hat sie geachtet — wenn auch erst nach der Tat.

VI. Schlussantrag

Ich beantrage:

Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten, Strafaussetzung zur Bewährung gemäß § 56 Abs. 2 StGB, Bewährungszeit 3 Jahre, mit Auflagen gemäß meinem Schriftsatz vom 18.04.2026.

Sehr geehrte Kammer, zeigen Sie, dass das deutsche Strafrecht Wiedergutmachung belohnt. Zeigen Sie, dass § 46a StGB keine Leerformel ist.

Vielen Dank.

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim

Frankfurt am Main, 21. April 2026

Quellen:

- § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html>
- § 46a StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>
- § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>

Datei: 20-urteil-lg-frankfurt-straftmass-3j2m.md

Urteil LG Frankfurt — Strafmaß 3 Jahre 2 Monate

Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Datum: 21. April 2026

Kammer: 5. Große Strafkammer des LG Frankfurt am Main

Im Namen des Volkes

Urteil

In der Strafsache gegen

Konrad Bankert, geb. 17.09.1971, derzeit JVA Frankfurt I, vertreten durch Verteidigerin Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim,

wegen Untreue (§ 266 Abs. 1, 2 StGB)

hat die 5. Große Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main in der Hauptverhandlung vom 03.03., 10.03., 17.03., 24.03., 07.04., 14.04. und 21.04.2026

für Recht erkannt:

Tenor

Der Angeklagte Konrad Bankert wird wegen Untreue in 110 Fällen (§ 266 Abs. 1 und 2 StGB) zu einer

Gesamtfreiheitsstrafe von 3 Jahren und 2 Monaten

verurteilt.

Die Strafaussetzung zur Bewährung wird abgelehnt.

Die Untersuchungshaft seit dem 19.01.2026 wird angerechnet.

Die Kosten des Verfahrens und seine notwendigen Auslagen trägt der Angeklagte.

Strafzumessung (Entscheidungsgründe Auszug)

Strafrahmen

Das Gericht legt den Strafrahmen des § 266 Abs. 2 StGB zugrunde (1 Jahr bis 10 Jahre). Eine Strafrahmenverschiebung nach § 46a StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB wird abgelehnt. Die Kammer ist der Auffassung, dass die Wiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR bei einem Gesamtschaden von 9 Mio. EUR keinen "erheblichen Teil" i.S.d. § 46a StGB darstellt, da mehr als die Hälfte des Schadens unausgeglichen geblieben ist.

Belastende Strafzumessungsgründe

1. **Schadenshöhe:** Der Schaden von 9 Mio. EUR liegt weit über dem Schwellenwert des besonders schweren Falles. Die Kammer sieht darin den schwerwiegendsten Strafzumessungsgesichtspunkt.
2. **Tatdauer:** 110 Einzeltaten über vier Jahre belegen erhebliche kriminelle Energie und planmäßiges Handeln.
3. **Verdeckungshandlungen:** Der Angeklagte hat aktiv die internen Kontrollmechanismen ausgehebelt und Buchungsbelege gefälscht.
4. **Vertrauensmissbrauch:** Die Nutzung eines über 16 Jahre aufgebauten Vertrauensverhältnisses erscheint der Kammer als erheblich erschwerend.

Mildernde Strafzumessungsgründe

1. Geständnis (erheblich mildernd).
2. Wiedergutmachung 4,2 Mio. EUR (mildernd, aber nicht als § 46a-Fall).
3. Vorstrafenfreiheit (mildernd).
4. Persönliche Folgen, insbesondere Erkrankung der Ehefrau (mildernd).
5. Kein Eigennutz-Konsum (mildernd).

Einzelstrafen und Gesamtstrafe

Für die schwerste Einzeltat (Fall 87, 280.000 EUR): 1 Jahr 8 Monate. Für 109 weitere Einzeltaten: Einzel-Freiheitsstrafen zwischen 6 Monaten und 1 Jahr 4 Monaten. Gesamtstrafe nach § 53 StGB: **3**

Jahre 2 Monate.

Die Kammer sieht diese Gesamtstrafe "im unteren Drittel des schuldangemessenen Bereichs".

Bewährungsversagung

Eine Strafaussetzung nach § 56 StGB scheidet aus. Bei einer Gesamtstrafe von 3 J 2 M sind die Voraussetzungen des § 56 Abs. 2 StGB (bis 2 Jahre) nicht einschlägig. Selbst besondere Umstände i.S.d. § 56 Abs. 2 StGB könnten nur bei einer Strafe bis zu 2 Jahren Bewährung rechtfertigen. § 56 Abs. 3 StGB: Die Verteidigung der Rechtsordnung gebietet vorliegend die Vollstreckung; ein Schaden von 9 Mio. EUR und ein verbleibender Restschaden von 4,8 Mio. EUR erlauben keine Bewährung ohne Signalfunktionsverlust.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen dieses Urteil kann binnen einer Woche nach Urteilsverkündung beim Landgericht Frankfurt am Main Revision eingelegt werden. Revisionsgründe sind schriftlich innerhalb eines Monats nach Zustellung des schriftlichen Urteils zu begründen.

Dr. Ute Brendel — Vorsitzende Richterin am Landgericht

Frankfurt am Main, 21. April 2026

Quellen:

- § 266 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/266.html>
- § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>
- § 337 StPO: <https://dejure.org/gesetze/StPO/337.html>

Datei: 21-revisionsbegrueendung-bgh-strafzumessung.md

Revisionsbegründung — BGH, Strafzumessungsfehler

An den: Bundesgerichtshof, 5. Strafsenat, Herrenstraße 45a, 76133 Karlsruhe

Von: Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim, Bockenheimer Anlage 18, 60322 Frankfurt am Main

BGH-Aktenzeichen: BGH 5 StR 2188/26

LG-Aktenzeichen: LG Frankfurt 5-22 KLS 188/26

Datum: 26. Mai 2026

Revisionsbegründungsschrift

I. Einleitung

Mit Urteil vom 21. April 2026 hat das Landgericht Frankfurt am Main, 5. Große Strafkammer (Az. 5-22 KLS 188/26) den Angeklagten Konrad Bankert wegen Untreue in 110 Fällen zu einer Gesamtfreiheitsstrafe von 3 Jahren und 2 Monaten ohne Strafaussetzung zur Bewährung verurteilt. Gegen dieses Urteil richtet sich die rechtzeitig eingelegte Revision. Die Revision ist auf den **Strafausspruch** beschränkt; der Schuldspruch wird nicht angefochten.

Die Revision wird auf die Verletzung materiellen Rechts (§ 337 Abs. 1 StPO) gestützt.

II. Revisionsrüge 1 — Fehlerhafte Ablehnung des § 46a StGB

Rüge: Das LG Frankfurt hat die Voraussetzungen des § 46a Nr. 1 StGB fehlerhaft verneint.

Begründung:

Das LG begründet die Ablehnung damit, die Wiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR stelle bei einem Gesamtschaden von 9 Mio. EUR keinen "erheblichen Teil" dar, "da mehr als die Hälfte des Schadens unausgeglichen geblieben ist".

Diese Begründung verstößt gegen die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zu § 46a StGB. Der BGH hat ausdrücklich klargestellt, dass kein starres Prozentverhältnis für die "Erheblichkeit" der Wiedergutmachung gilt. Maßgeblich ist eine Gesamtschau unter Berücksichtigung:

1. der absoluten Höhe der Wiedergutmachung (hier: 4,2 Mio. EUR),
2. der persönlichen Opferbereitschaft des Täters (Liquidierung sämtlicher Vermögenswerte),
3. der sozialen Umstände (Beiträge der Familie),
4. des Zeitpunkts der Wiedergutmachung (vor der Hauptverhandlung).

Die starre 50-Prozent-Grenze, die das LG implizit anlegt, findet keine Grundlage in Gesetz oder Rechtsprechung. Insoweit verletzt das Urteil § 46a StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB.

Folge: Der Strafausspruch beruht auf diesem Rechtsfehler. Hätte das LG die Strafraumenverschiebung nach § 49 Abs. 1 StGB vorgenommen (Mindeststrafe 3 Monate statt 1 Jahr), wäre es möglicherweise zu einer milderen Gesamtstrafe gelangt.

III. Revisionsrüge 2 — Unzureichende Begründung der Spielraum-Bestimmung

Rüge: Das LG hat den Spielraum schuldangemessener Strafen nicht ausreichend begründet (§ 267 Abs. 3 StPO).

Begründung:

Das LG bezeichnet die Strafe von 3 J 2 M lediglich als "im unteren Drittel des schuldangemessenen Bereichs", ohne:

- die obere und untere Grenze dieses Bereichs anzugeben,
- den konkreten Ausgangspunkt der Strafzumessung zu benennen,
- die Abwägung der belastenden und mildernden Umstände im Verhältnis zueinander darzustellen.

Nach der gefestigten BGH-Rechtsprechung zu § 267 Abs. 3 StPO muss das Urteil die Strafzumessungserwägungen so darlegen, dass das Revisionsgericht die Rechtmäßigkeit überprüfen kann. Die pauschale Formel "unteres Drittel" genügt diesen Anforderungen nicht.

IV. Revisionsrüge 3 — Fehlerhafte Bewährungsversagung

Rüge: Das LG hat die Bewährungsversagung auf § 56 Abs. 3 StGB gestützt, ohne die Voraussetzungen dieser Norm ausreichend zu prüfen.

Begründung:

Das LG verweist auf die "Verteidigung der Rechtsordnung" und den "Signalfunktionsverlust" ohne konkrete Auseinandersetzung mit der BGH-Rechtsprechung zu § 56 Abs. 3 StGB (restriktive Auslegung, vgl. BGH NStZ 2021, 375). Insbesondere fehlt eine Auseinandersetzung damit, ob die erhebliche

Schadenswiedergutmachung (4,2 Mio. EUR) die Signalfunktion bereits hinreichend sicherstellt.

V. Antrag

Die Verteidigung beantragt:

Das Urteil des LG Frankfurt vom 21. April 2026 wird im Strafausspruch aufgehoben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an eine andere Strafkammer des LG Frankfurt zurückverwiesen.

Hilfsweise: Freisprechung vom Strafausspruch und Zurückverweisung mit der Maßgabe, eine Freiheitsstrafe nicht über 2 Jahren und 6 Monaten mit Strafaussetzung zur Bewährung zu verhängen.

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim Rechtsanwältin Frankfurt am Main, 26. Mai 2026

Quellen:

- § 337 StPO: <https://dejure.org/gesetze/StPO/337.html>
- § 46a StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>
- § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>
- BGH Rechtsprechung: <https://www.bundesgerichtshof.de/>

Datei: 22-abschlussvermerk-anwalt.md

Abschlussvermerk — Kanzlei Wittfeldt-Steinheim

Kanzleiaktenzeichen: WS-2026-STR-0414

Datum: 01. Juni 2026

Verfasst von: Prof. Dr. H. Wittfeldt-Steinheim

Mandatsübersicht

Mandant: Konrad Bankert, geb. 17.09.1971

Verfahren: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26 (Hauptverfahren) + BGH 5 StR 2188/26 (Revision)

Mandatsdauer: 04.02.2026 – laufend (Revision BGH ausstehend)

Mandatsgegenstand: Verteidigung in Strafsache § 266 StGB, Schwerpunkt Strafzumessung

Verfahrenschronik

Datum	Ereignis
04.02.2026	Erstgespräch und Mandatserteilung, JVA Frankfurt I
05.02.2026	Akteneinsicht beantragt
14.02.2026	Akteneinsicht erteilt (462 Seiten)
04.03.2026	Rechtsgespräch mit OStA Dr. Holtkamp (ohne Einigung)

Datum	Ereignis
10.03.2026	Hauptverhandlung 2: Einlassung Bankert (Geständnis)
17.03.2026	Hauptverhandlung 3: Zeuge GF Schmitt
24.03.2026	Hauptverhandlung 4: Zeuge WP Fecht
07.04.2026	Hauptverhandlung 5: Sachverständige Dr. Haesler
14.04.2026	Hauptverhandlung 6: Beweisaufnahme abgeschlossen
21.04.2026	Hauptverhandlung 7: Plädoyers und Urteil
28.04.2026	Revisionseinlegung (fristgerecht)
26.05.2026	Revisionsbegründungsschrift eingereicht

Ergebnis 1. Instanz

Urteil LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26, 21.04.2026:

3 Jahre 2 Monate Freiheitsstrafe, keine Bewährung.

Abweichung vom Verteidigungsantrag (2 J 6 M auf Bewährung): erheblich. Das LG hat insbesondere die § 46a-Milderung und die Bewährungsaussetzung verweigert, ohne die Rechtsprechung des BGH zur Erheblichkeitsschwelle bei der Wiedergutmachung zu beachten.

Revision BGH — Aussichten

Die Revisionsbegründungsschrift stützt sich auf drei Rügen (Aktenstück 21):

1. Fehlerhafte Ablehnung § 46a StGB (starres 50-%-Kriterium ohne Rechtsgrundlage).
2. Unzureichende Begründung der Spielraum-Bestimmung (§ 267 Abs. 3 StPO).
3. Fehlerhafte Bewährungsversagung (§ 56 Abs. 3 StGB nicht ausreichend geprüft).

Aussichten: Die Revisionschancen werden auf 60–70 % eingeschätzt. Insbesondere Rüge 1 (§ 46a StGB) hat nach der jüngsten BGH-Rechtsprechung (BGH 1 StR 112/20) gute Erfolgsaussichten. Bei Erfolg: Aufhebung Strafausspruch, Zurückverweisung an andere Kammer LG Frankfurt.

Kosten (vorläufig, Stand 01.06.2026)

Position	Betrag
Pflichtverteidigergebühren (§ 49 RVG)	pauschal (staatliche Pflichtverteidigung)
Eigenanteil Mandant (Wahlverteidigung)	48.000 EUR (bereits entrichtet)
BGH-Revision (Mehrvergütung)	12.000 EUR (vereinbart)
Sachverständigenkosten Dr. Haesler	3.200 EUR

Position	Betrag
Aktenkosten, Kopien, Porto	680 EUR
Gesamtkosten Mandant	**63.880 EUR**

Persönlicher Vermerk

Konrad Bankert ist ein Mandant, der trotz einer schweren Situation Würde bewahrt hat. Sein vollständiges Geständnis noch vor den Ermittlungen und seine maximal mögliche Wiedergutmachung verdienen strafrechtliche Anerkennung. Das LG Frankfurt hat diese Umstände nicht hinreichend gewürdigt. Die Revision vor dem BGH ist nicht nur rechtlich geboten — sie ist gerecht.

Sandra Bankert ist nach letzter Information (31.05.2026) auf der Transplantationswarteliste auf Dringlichkeitsstufe T-HU hochgestuft worden. Die Situation der Familie ist weiterhin außergewöhnlich belastet.

Nächster Schritt: Erwiderung der Stellungnahme des Generalbundesanwalts (sobald eingegangen, voraussichtlich September 2026).

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim Wittfeldt-Steinheim Strafverteidigung Bockenheimer Anlage 18, 60322 Frankfurt am Main Frankfurt am Main, 01. Juni 2026

Quellen:

- § 46a StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html>
- § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html>
- § 337 StPO: <https://dejure.org/gesetze/StPO/337.html>

E-Mails

Datei: email-anwalt-an-staatsanwaltschaft-rechtsgespraech.eml

Von	"Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim" <h.wittfeldt-steinheim@wittfeldt-steinheim.de>
An	dr.holtkamp@staatsanwaltschaft-frankfurt.de
Datum	Tue, 24 Feb 2026 10:15:44 +0100
Betreff	AZ 92 Js 1822/25 / 5-22 KLs 188/26 — Bitte um Rechtsgespräch vor der Hauptverhandlung

Sehr geehrter Herr Oberstaatsanwalt Dr. Holtkamp,

ich vertrete Herrn Konrad Bankert als Wahlverteidigerin in der Sache LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26. Ich nehme Bezug auf die Anklageschrift vom 28. Januar 2026.

Ich erlaube mir, ein Rechtsgespräch vor Beginn der Hauptverhandlung (Termin: 3. März 2026) anzuregen. Ich bitte Sie um einen Termin in der Woche vom 27. Februar bis 3. März 2026 in Ihrem Haus oder in meiner Kanzlei (Bockenheimer Anlage 18, Frankfurt am Main).

Gegenstand des Gesprächs:

1. Mein Mandant ist zur vollumfänglichen Einlassung und Geständnisabgabe bereit, was das Verfahren erheblich vereinfachen würde.
2. Ich möchte die Strafmaßerwartungen der Staatsanwaltschaft erörtern. Mein Mandant hat eine Wiedergutmachungsleistung von 4,2 Mio. EUR erbracht (Schreiben des Verletzten liegt vor). Diese ist nach § 46a StGB erheblich zu berücksichtigen.
3. Ich möchte besprechen, ob angesichts der außergewöhnlichen persönlichen Situation meines Mandanten (lebensbedrohliche Erkrankung der Ehefrau, Transplantationswarteliste) ein gemeinsamer Strafzumessungsvorschlag möglich ist, der das Verfahren beschleunigt.

Ich betone, dass mein Mandant keinerlei Interesse hat, die Wahrheitsfindung zu erschweren; er hat das Gegenteil bewiesen.

Mit kollegialen Grüßen

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim
Rechtsanwältin | Fachanwältin für Strafrecht
Wittfeldt-Steinheim Strafverteidigung
Bockenheimer Anlage 18 | 60322 Frankfurt am Main
Tel.: 069 71 21 7700 | Fax: 069 71 21 7701
h.wittfeldt-steinheim@wittfeldt-steinheim.de

Datei: email-bankert-an-anwalt-erstkontakt.eml

Von	Konrad Bankert <k.bankert@privat.de>
An	kanzlei@wittfeldt-steinheim.de
Datum	Sat, 31 Jan 2026 14:22:07 +0100
Betreff	Dringende Anfrage: Strafverteidigung Untreue-Vorwurf — Bankert

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Wittfeldt-Steinheim,

mein Name ist Konrad Bankert. Ich bin 54 Jahre alt und war bis Ende Oktober 2024 Prokurist der Müller & Schmitt Treuhand GmbH in Frankfurt am Main.

Ich schreibe Ihnen aus einer ausweglosen Situation: Gegen mich wurde am 28. Januar 2026 Anklage erhoben wegen Untreue gemäß § 266 StGB. Die Staatsanwaltschaft Frankfurt wirft mir vor, als Prokurist über vier Jahre hinweg (2020-2024) Gelder in Höhe von insgesamt 9 Mio. EUR veruntreut zu haben. Ich wurde am 19. Januar 2026 verhaftet und befinde mich seitdem in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I.

Der Eröffnungsbeschluss wurde am 11. Februar 2026 erlassen; die Hauptverhandlung ist auf den 3. März 2026 terminiert.

Ich räume ein: Ich habe die Tat begangen. Ich werde mich nicht herausreden. Aber ich möchte einen erfahrenen Strafverteidiger an meiner Seite, der meine Situation beim Strafmaß optimal darstellt. Ich habe im Oktober 2024 bereits 4,2 Millionen Euro als Wiedergutmachung zurückgezahlt — mein gesamtes Vermögen, einschließlich unserem Haus, meiner Lebensversicherungen und des Depots.

Meine Ehefrau Sandra ist schwer herzerkrankt und steht auf der Transplantationswarteliste. Ich habe zwei Söhne im Studium. Diese Situation ist für meine Familie nicht tragbar.

Ich bitte Sie dringend um ein Erstgespräch, möglichst in der JVA Frankfurt I, da ich nicht auf freiem Fuß bin. Meine bisherige Pflichtverteidigerin hat das Mandat niedergelegt.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Konrad Bankert

Konrad Bankert

(vormals) Sachsenhäuser Ufer 22, 60594 Frankfurt am Main

z.Zt.: JVA Frankfurt I, Hammelsgasse 1, 60311 Frankfurt am Main

Häftlingsnummer: JVA-I-2026-00414

Tel. (Sozialbetreuung JVA): 069 29 24 0

Datei: email-bewaehrungshilfe-anfrage.eml

Von	"Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim" <h.wittfeldt-steinheim@wittfeldt-steinheim.de>
An	bewaehrungshilfe-frankfurt@justiz.hessen.de
Datum	Mon, 13 Apr 2026 15:44:22 +0100
Betreff	Anfrage: Bewährungshilfe-Vorabkontakt — Bankert, Konrad (LG FFM 5-22 KLs 188/26)

Sehr geehrte Damen und Herren der Bewährungshilfe Frankfurt,

ich vertrete Herrn Konrad Bankert in der vor dem LG Frankfurt am Main (5. Große Strafkammer, Az. 5-22 KLs 188/26) anhängigen Strafsache wegen Untreue.

Die Hauptverhandlung nähert sich dem Abschluss; der Urteilstermin ist auf den 21. April 2026 angesetzt. Da mein Mandant vollumfänglich geständig ist und eine erhebliche Schadenswiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR erbracht hat, ist eine Strafaussetzung zur Bewährung gemäß § 56 Abs. 2 StGB beantragt.

Ich bitte um folgendes:

1. Vorabkontakt mit einem Bewährungshelfer, der ggf. am 21. April 2026 im Gericht anwesend sein könnte und der Kammer auf Anfrage Auskunft über die Möglichkeiten der Bewährungsbetreuung geben kann.
2. Information über die in Frankfurt üblichen Bewährungsauflagen und Betreuungsstrukturen für Täter aus dem Bereich Wirtschaftsstrafrecht.

3. Berücksichtigung der besonderen familiären Situation: Ehefrau Sandra Bankert ist lebensbedrohlich herzerkrank (dilatative Kardiomyopathie, Transplantationswarteliste T-HU, UKF). Herr Bankert ist auf eine Freiheitsbewegung angewiesen, um seiner Ehefrau beizustehen.

Zu meiner Mandantschaft: Herr Bankert ist 54 Jahre, Ersttäter, vorstrafenfrei, hochqualifiziert (Steuerberater, Certified Trustee). Die psychiatrische Sachverständige Dr. Haesler hat eine günstige Sozialprognose gestellt.

Ich freue mich über eine kurze Rückmeldung, ob ein Vorabkontakt möglich ist.

Mit freundlichen Grüßen

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim
Rechtsanwältin | Fachanwältin für Strafrecht
Wittfeldt-Steinheim Strafverteidigung
Bockenheimer Anlage 18 | 60322 Frankfurt am Main
Tel.: 069 71 21 7700

Datei: email-bgh-eingangsbestaetigung-revision.eml

Von	poststelle@bundesgerichtshof.de
An	h.wittfeldt-steinheim@wittfeldt-steinheim.de
Datum	Thu, 07 May 2026 11:33:17 +0200
Betreff	Revision BGH 5 StR 2188/26 — Eingangsbestätigung und Hinweis Revisionsbegründungsfrist

Bundesgerichtshof
Herrenstraße 45a
76133 Karlsruhe

EINGANGSBESTÄTIGUNG

Az.: BGH 5 StR 2188/26

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Wittfeldt-Steinheim,

wir bestätigen den Eingang der Revisionsschrift vom 28. April 2026 in der Strafsache gegen

Konrad Bankert

(Vorinstanz: Landgericht Frankfurt am Main, 5-22 KLS 188/26, Urteil vom 21. April 2026)

Die Revision richtet sich nach Ihren Angaben gegen den Strafausspruch des angefochtenen Urteils.

Das Verfahren wurde dem 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs zugeteilt (Aktenzeichen: BGH 5 StR 2188/26).

HINWEISE:

1. Revisionsbegründungsfrist: Die Revisionsbegründung muss gemäß § 345 Abs. 1 StPO binnen eines Monats nach Zustellung des vollständigen Urteils bei dem Gericht des ersten Rechtszuges (LG Frankfurt am Main) eingereicht werden. Das schriftliche Urteil wurde Ihnen nach unserer Information am 29. April 2026 zugestellt; die Begründungsfrist endet damit am 29. Mai 2026.

2. Form: Die Revisionsbegründung muss gemäß § 345 Abs. 2 StPO von einem bei dem Bundesgerichtshof zugelassenen Rechtsanwalt unterzeichnet sein oder von dem Verteidiger, der die Revision eingelegt hat. Wir weisen darauf hin, dass Sie als nicht bei dem BGH zugelassene Verteidigerin für die Revisionsbegründung ggf. einen BGH-Anwalt hinzuziehen sollten.

3. Akteneinsicht: Akteneinsicht kann beim zuständigen LG Frankfurt beantragt werden; bei Bedarf Aktenübersendung an den BGH.

Für Rückfragen steht Ihnen die Geschäftsstelle des 5. Strafsenats zur Verfügung (Tel.: 0721 159-0).

Mit freundlichen Grüßen

Urkundsbeamtin der Geschäftsstelle
5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs
Bundesgerichtshof | Herrenstraße 45a | 76133 Karlsruhe
Tel.: 0721 159-0 | poststelle@bundesgerichtshof.de
<https://www.bundesgerichtshof.de/>

Datei: email-jva-frankfurt-aufnahmevorbereitung.eml

Von	jva-frankfurt-i.sozialbetreuung@jva.hessen.de
An	h.wittfeldt-steinheim@wittfeldt-steinheim.de
Datum	Thu, 22 Jan 2026 09:08:31 +0100
Betreff	U-Haft Bankert, Konrad — Besuchsregelung und Verteidigerkontakt (§ 148 StPO)

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. Wittfeldt-Steinheim,

wir bestätigen den Eingang Ihrer Vollmacht vom 20. Januar 2026 und teilen mit:

Ihr Mandant Konrad Bankert (Häftlingsnummer JVA-I-2026-00414) befindet sich seit dem 19. Januar 2026 in Untersuchungshaft in der JVA Frankfurt I (Hammelsgasse 1, 60311 Frankfurt am Main).

VERTEIDIGERKONTAKT (§ 148 StPO):

Verteidigergespräche sind schriftformfrei zu vereinbaren und werden priorisiert. Bitte melden Sie sich telefonisch bei der Abteilungsleiterin Frau Bettina Raschke (069 29 24 0 Ext. 2218) oder per E-Mail unter diesem Postfach. Übliche Besuchszeiten für Verteidiger: Mo bis Fr, 08:30 bis 17:00 Uhr. Ein separater Besprechungsraum steht zur Verfügung.

MEDIZINISCHE HINWEISE:

Herr Bankert befindet sich in psychiatrischer Betreuung (reaktive Depression; Medikation: Sertralin 100 mg/d, verordnet durch JVA-Anstaltsarzt Dr. Stefan Kober). Besuche seiner Ehefrau Sandra Bankert sind auf Grund ihrer Herzerkrankung auf einmal wöchentlich beschränkt (begleiteter Besuch, Rollstuhl erforderlich; bitte im Voraus anmelden).

POST/TELEFON:

Schriftverkehr zwischen Verteidiger und Mandant unterliegt keiner Überwachung (§ 148 Abs. 1 StPO). Verschlussene Verteidigerpost wird ungeöffnet übergeben.

Telefonate mit dem Verteidiger: Über die Vermittlung der Abteilung nach Voranmeldung; Abhörfreiheit ist gewährleistet.

Bei weiteren Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Bettina Raschke
Abteilungsleiterin Sozialbetreuung
JVA Frankfurt I
Hammelsgasse 1 | 60311 Frankfurt am Main
Tel.: 069 29 24 0 Ext. 2218

Excel-Tabellen

Datei: strafzumessungstatsachen-katalog.xlsx

Tabellenblatt: Strafzumessungstatsachen

	Kategorie	Tatsache	Gewichtung	Strafrechtl. Beurteilung	Belastung	Entlastung	§ 46 StGB Norm	Anmerkung
	Tatfolgen	Gesamtsc haden 9 Mio. EUR	sehr schwer	Vermögen snachteil § 266 StGB	X		§ 46 Abs. 2 (Auswirk ungen)	Dominante r Strafzum essungsgr und
	Tatfolgen	Restschad en 4800000 EUR nach Wiedergut machung	schwer	Verbleiben der Nachteil	X		§ 46 Abs. 2	Trotz 47% Rückzahlu ng erheblich
	Tatausführ ung	110 Einzel überweisu ngen über 4 Jahre	schwer	Planmäßig es Vorgehen	X		§ 46 Abs. 2 (Ausführ ungsweise)	2020-2024 systematis ch eskaliert
	Tatausführ ung	Gefälschte Buchungs belege Phase II	mittel	Aktive Täu schung der Kontrolle	X		§ 46 Abs. 2 (Ausführ ungsweise)	Rückdatier ung mit IT-Hilfe
	Tatausführ ung	Einsatz Mittäter Frenzke (IT)	mittel	Tatbeteilig ung Dritter	X		§ 46 Abs. 2	Gesondert verfolgt
	Motivation	Verlustaus gleich (Pfli chtgefühl, nicht Habgier)	mittel	Kein primär eig ennütziges Motiv		X	§ 46 Abs. 2 (Bewegg ründe)	Fehlgeleite tes Verant wortungsg efühl
	Motivation	Kein Eigen nutz-Kons um der Taterlöse	mittel	Keine Lux usausgabe n		X	§ 46 Abs. 2 (Bewegg ründe)	Geld für K apitalspek ulation
	Vorsatz	Direkter Vorsatz (dolus directus 1. Grades)	schwer	Voller Vorsatz	X		§ 46 Abs. 2 (Wille bei Tat)	Bankert wusste und wollte
	Schuldfähi gkeit	Vollständig e Schuldfä higkeit	neutral	Keine Eins chränkung § 20 StGB			§ 46 Abs. 1 (Schuld)	Gutachten Dr. Haesler 01 .04.2026

	Vorleben	Vorstrafenfreiheit (54 Jahre)	sehr erheblich	Erstattprämie; BGH NJW 2020 2573		X	§ 46 Abs. 2 (Vorleben)	Makelloser Lebenslauf
	Vorleben	28 Jahre Berufstätigkeit integer	erheblich	Positives Persönlichkeitsbild		X	§ 46 Abs. 2 (Pers. V erhältnisse)	Prokurist, Zertifizierungen
	Vorleben	Ehrenamtliches Engagement	gering	Persönlichkeitsbild positiv		X	§ 46 Abs. 2	Sportverein, Kirchenvorstand
	Nachtat	Geständnis vor Ermittlungsbeginn	sehr erheblich	BGHSt 45 321; gewichtigster Milderungsgrund		X	§ 46 Abs. 2 (Verhalten nach Tat)	22.10.2024 Selbstanzeige
	Nachtat	Kooperation im Ermittlungsverfahren	erheblich	Vollständige Aktenübergabe		X	§ 46 Abs. 2	Solarwind LP Unterlagen freiwillig
	Wiedergutmachung	Zahlung 4200000 EUR nach § 46a StGB	sehr erheblich	§ 46a Nr. 1 StGB; § 49 Abs. 1 möglich		X	§ 46a StGB	47% des Gesamtschadens
	Wiedergutmachung	Verkauf Immobilie für Wiedergutmachung	erheblich	Opferqualität der Leistung belegt		X	§ 46a StGB	Eigenheim Sachsenhäuser Ufer 22
	Wiedergutmachung	Beiträge der Familie (Ehefrau, Söhne)	erheblich	Familiäre Solidarleistung		X	§ 46a StGB	Studienkredit Kinder; Sandra WGM-Anteil
	Pers. Folgen	Berufsverlust und Berufsverbot	erheblich	§ 46 Abs. 2 Pers. Verhältnisse		X	§ 46 Abs. 2	Steuerberaterkammer-Verfahren
	Pers. Folgen	Privatinsolvenz	erheblich	Wirtschaftliche Vernichtung		X	§ 46 Abs. 2	Kein Vermögen mehr
	Pers. Folgen	Ehefrau lebensbedrohlich herzkrank	sehr erheblich	Außergewöhnliche Härte; BGH NSTZ-RR 2016 204		X	§ 56 Abs. 2 StGB	T-HU Transplantationsliste
	Prävention	Günstige Sozialprognose (Dr. Haesler)	erheblich	§ 56 Abs. 1 StGB; Rückfall unwahrscheinlich		X	§ 56 StGB	Rahmenbedingungen Tat entfallen

	Vertrauensmissbrauch	16 Jahre Prokurist bei Müller & Schmitt	schwer	§ 46 Abs. 2 (Täter-Opfer-Verhältnis)	X		§ 46 Abs. 2	Seit 2008; besonderes Vertrauen
	Konkurrenzen	110 Taten in Tatmehrheit § 53 StGB	schwer	Gesamtstrafe; 110 Einzelüberweisungen	X		§ 53 StGB	Natürl. Handlungseinheit denkbar
	Vergleichs-Rspr.	BGH 1 StR 112/20: Bewährung bei vollst. WGM	sehr erheblich	Direktes Vergleichsurteil; 5,2 Mio.		X	§ 46a StGB	Revisionsargument Bankert
	Vergleichs-Rspr.	BGH 1 StR 354/17: 8,3 Mio. keine WGM	erheblich	4,5 J ohne WGM; zeigt WGM-Einfluss	X		§ 266 StGB	Zur Kontrastierung
	Spielraum	Spielraum-Theorie BGHSt 7 28	strukturell	Kein Punkt, sondern Spielraum			§ 46 Abs. 1	Fundament der Strafzumessungsdogmatik
	Spielraum	LG-Urteil 3J2M unzureichend begründet	strukturell	Spielraum nicht konkret bestimmt	X		§ 267 Abs. 3 StPO	Revisions-Angriffspunkt
	Revision	§ 337 StPO: 3 Strafzumessungsrügen eingelegt	strukturell	Strafzumessungsfehler revisibel			§ 337 StPO	BGH 5 StR 2188/26
	Quellen	dejure.org § 46 StGB	—	https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html			§ 46 StGB	Primärquelle
	Quellen	BGH bundesgerichtshof.de	—	https://www.bundesgerichtshof.de/			BGH	Rechtsprechungsquelle

Datei: vergleichsrechtsprechung-untreue.xlsx

Tabellenblatt: Vergleichsrechtsprechung

	Az	Datum	Tatbestand	Schaden (EUR)	Strafmaß	Bewährung	Bezug zu Bankert	Anmerkung
	LG FFM 5-22 KLS 188/26 (BANKERT)	21.04.2026	Untreue § 266 StGB; Prokurist; 110 Fälle 2020-2024	9000000	3 J 2 M	nein	Vorliegender Fall	Revision eingelegt BGH 5 StR 2188/26

	BGH 1 StR 112/20	12.05.2021	Untreue als GmbH-Geschäftsführer; 3 Jahre	5200000	2 J 8 M	ja	Vollst. WGM + Geständnis = Bewährung	§ 46a StGB angewandt; direktes Vergleichsurteil
	BGH 1 StR 354/17	22.02.2018	Untreue als Vermögensverwalter; 5 Jahre	8300000	4 J 6 M	nein	Kein WGM; höherer Schaden als Bankert	Geständnis erst in HV; kein § 46a
	BGH 1 StR 209/19	14.11.2019	Untreue Bankprokurist; 6 Jahre	11400000	5 J	nein	Höherer Schaden; kein WGM	§ 56 Abs. 3 StGB; Generalprävention
	BGH 1 StR 408/22	09.03.2023	Untreue Vereinskassierer; 2 Jahre	890000	1 J 6 M	ja	Kleiner Schaden; § 46a-Met hodik gleich	Volle WGM; Geständnis früh
	BGH 1 StR 187/18	07.08.2018	Untreue AG-Vorstand; Kapitalanlage	4100000	3 J	nein	Vergleichbarer Schaden; kein WGM	Kein Geständnis; Vorstrafenfreiheit
	BGH 1 StR 91/21	17.06.2021	Untreue Steuerberater; Fremdgeld	2300000	2 J 3 M	ja	Niedrigerer Schaden; WGM teilweise	§ 46a-Milderung; Bewährung § 56 Abs. 2
	BGH 1 StR 275/20	05.11.2020	Untreue Vermögensverwalter	6700000	4 J	nein	Ohne WGM; langjährig	4 Jahre Tatdauer; kein Geständnis früh
	BGH 1 StR 502/19	30.01.2020	Untreue Treuhänder; systematisch	3800000	2 J 9 M	ja	Ähnl. Berufsbild; Geständnis frühzeitig	§ 46a teilw.; § 56 Abs. 2 bejaht
	BGH 1 StR 601/22	15.02.2023	Untreue GmbH-Prokurist; Buchhaltung	7200000	3 J 8 M	nein	Höherer Schaden; Verschleierung professionell	Keine WGM; Geständnis spät
	BGH 5 StR 411/19	12.09.2019	Untreue Bankdirektor; Auslandstransfers	12000000	5 J 6 M	nein	Höchster Schaden Vergleich; FL-Bezug ähnlich	Liechtenstein-Konto ähnlich Bankert
	LG Frankfurt 5-28 KLS 12/24 (Vorfall)	14.09.2024	Untreue Fondsmanager Frankfurt	4500000	2 J 6 M	ja	Gleiches Gericht; jüngste Ins tanzen sch eidung	Bewährung bei WGM und Geständnis

	BGH 1 StR 88/16	03.05.2016	Untreue Sparkassen vorstand	3100000	2 J 6 M	ja	Vergleichbare Strukturen Vertrauensmissbrauch	§ 46a bejaht; § 56 Abs. 2 bejaht
	Quelle	dejure.org § 266 StGB	https://dejure.org/gesetze/StGB/266.html	0	—	—	Primärquelle	§ 266 StGB Untreue
	Quelle	bundesgerichtshof.de	https://www.bundesgerichtshof.de/	0	—	—	BGH Rechtsprechung	Sämtliche BGH-Urteile

Word-Dokumente

Datei: bewaehrungsantrag.docx

BEWÄHRUNGSANTRAG

gemäß § 56 Abs. 1 und 2 StGB

An die 5. Große Strafkammer des LG Frankfurt am Main

AZ: 5-22 KLS 188/26 | Datum: 18. April 2026

I. Antragstellung

Die Verteidigung beantragt für den Angeklagten Konrad Bankert die Aussetzung der zu erwartenden Freiheitsstrafe zur Bewährung gemäß § 56 Abs. 1 und 2 StGB.

II. Sozialprognose (§ 56 Abs. 1 StGB)

Der Angeklagte Bankert (54) ist Ersttäter ohne jede Vorstrafe (BZR-Auszug 05.02.2026: keine Eintragungen). Das psychiatrische Gutachten von Dr. Isabel Haesler (Frankfurt, 01.04.2026) bestätigt eine günstige Sozialprognose: keine Persönlichkeitsstörung, geringe Rückfallgefahr, Bewährungseignung bejaht. Bankert hat in der Hauptverhandlung echte Reue und Bereitschaft zur Normanerkennung gezeigt. Die strukturellen Rahmenbedingungen der Tat (Prokuristen-Stellung, Zugangsmöglichkeiten) sind dauerhaft entfallen.

III. Besondere Umstände (§ 56 Abs. 2 StGB)

1. Schadenswiedergutmachung nach § 46a StGB: Die Zahlung von 4,2 Mio. EUR stellt einen hervorgehobenen Umstand dar, der die Bewährungsgewährung rechtfertigt (BGH NJW 2015, 84).
2. Lebensbedrohliche Erkrankung der Ehefrau: Sandra Bankert (52) leidet an dilatativer Kardiomyopathie (Dringlichkeitsstufe T-HU, Transplantationswarteliste UKF). Ihre Pflege und Begleitung durch den Angeklagten ist bei Inhaftierung nicht sichergestellt. Dies stellt eine außergewöhnliche Härte dar (BGH NStZ-RR 2016, 204).
3. Vollständige Vorstrafenfreiheit über 54 Jahre (BGH NJW 2020, 2573: gewichtiger Milderungsgrund).
4. Vollumfängliches Geständnis vor Ermittlungsbeginn belegt Normanerkennung.

IV. § 56 Abs. 3 StGB — Keine Notwendigkeit der Vollstreckung

Die Vollstreckung ist zur Verteidigung der Rechtsordnung nicht unerlässlich. Die erhebliche Schadenswiedergutmachung (4,2 Mio. EUR) demonstriert Verantwortungsübernahme. Das allgemeine Rechtsempfinden ist durch eine Bewährungsstrafe kombiniert mit erheblichen Auflagen nicht verletzt.

V. Bewährungsauflagen (Angebot)

1. Monatliche Schadensersatzrate 2.000 EUR an Müller & Schmitt Treuhand GmbH (60 Monate = 120.000 EUR).
2. Bewährungshelfer nach Wahl des Gerichts; Meldepflicht monatlich.
3. Freiwilliges Berufsverbot im Treuhand- und Finanzdienstleistungsbereich.

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim, Frankfurt am Main, 18. April 2026

Quellen: § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html> | § 46a StGB:
<https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html> | BGH: <https://www.bundesgerichtshof.de/>

Datei: plaedoyer-strafzumessung-bankert-final.docx

PLÄDOYER ZUR STRAFZUMESSUNG

Landgericht Frankfurt am Main

5-22 Kls 188/26 — 5. Große Strafkammer

Hauptverhandlung, 7. Tag: 21. April 2026

Verteidigerin: Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim

I. Vorbemerkung

Sehr geehrte Vorsitzende Richterin Dr. Brendel, sehr geehrte Damen und Herren der Kammer — mein Mandant Konrad Bankert hat mit seinem vollständigen Geständnis vom ersten Tag an Verantwortung übernommen. Er hat buchstäblich alles veräußert, was er besaß, um den Schaden wiedergutzumachen: 4,2 Millionen Euro, die aus dem Verkauf des Eigenheims, der Lebensversicherungen, des Wertpapierdepots und der Ersparnisse stammen. Seine Ehefrau Sandra, die mit einem schwer kranken Herzen auf eine Transplantation wartet, hat auf ihren Anteil am Hauserlös verzichtet. Diese Familie hat für die Wiedergutmachung alles geopfert.

II. Strafraumen und § 46a StGB

Der anwendbare Strafraumen ergibt sich aus § 266 Abs. 2 StGB (1 bis 10 Jahre). Die Verteidigung beantragt die Strafraumenverschiebung nach § 46a Nr. 1 StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB. Die Voraussetzungen sind erfüllt: Die Zahlung von 4,2 Millionen Euro aus eigenen Mitteln des Angeklagten stellt eine erhebliche Schadenswiedergutmachung dar, die vor der Hauptverhandlung erfolgte und vom Verletzten schriftlich als Genugtuung bestätigt wurde.

III. Strafzumessungsabwägung nach § 46 Abs. 2 StGB

Belastende Umstände: Schadenshöhe 9 Mio. EUR, Tatdauer 4 Jahre (110 Einzelüberweisungen), Verdeckungshandlungen, Missbrauch des Vertrauensverhältnisses (16 Jahre Prokurist).

Mildernde Umstände: Geständnis vor Ermittlungsbeginn (gewichtiges Milderungsmoment), Schadenswiedergutmachung 4,2 Mio. EUR (§ 46a StGB), vollständige Vorstrafenfreiheit (54 Jahre), kein Eigennutz-Konsum, pflichtgetriebenes Motiv (kein habgieriges), außergewöhnliche persönliche Folgen (Berufsverlust, Insolvenz, lebensbedrohliche Erkrankung der Ehefrau).

IV. Strafzumessungsvorschlag

Die Verteidigung beantragt eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten mit Strafaussetzung zur Bewährung gemäß § 56 Abs. 2 StGB.

V. Bewährungsantrag (§ 56 StGB)

Die Bewährungsvoraussetzungen nach § 56 Abs. 2 StGB sind erfüllt. Besondere Umstände: § 46a-Wiedergutmachung, lebensbedrohliche Erkrankung der Ehefrau (BGH NStZ-RR 2016, 204), vollständige Vorstrafenfreiheit. Sozialprognose: günstig (psychiatrisches Gutachten Dr. Haesler). § 56 Abs. 3 StGB greift nicht: Bei erheblicher Wiedergutmachung und Geständnis ist das allgemeine

Rechtsempfinden durch eine Bewährungsstrafe nicht verletzt.

VI. Schlussantrag

Freiheitsstrafe 2 Jahre und 6 Monate, Strafaussetzung zur Bewährung nach § 56 Abs. 2 StGB, Bewährungszeit 3 Jahre, Auflagen gemäß Schriftsatz vom 18.04.2026.

Quellen: § 46 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46.html> | § 46a StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html> | § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html> | BGH: <https://www.bundesgerichtshof.de/>

Datei: revisionsbegruendung-bgh-strafzumessung.docx

REVISIONSBEGRÜNDUNGSSCHRIFT

An den Bundesgerichtshof, 5. Strafsenat

BGH-Aktenzeichen: 5 StR 2188/26

Vorinstanz: LG Frankfurt 5-22 KLa 188/26

Datum: 26. Mai 2026

I. Gegenstand der Revision

Die Revision richtet sich gegen den Strafausspruch des Urteils des Landgerichts Frankfurt am Main vom 21. April 2026 (3 J 2 M, keine Bewährung). Der Schuldspruch wird nicht angefochten. Die Revision stützt sich auf Verletzung materiellen Rechts (§ 337 Abs. 1 StPO).

II. Revisionsrüge 1 — § 46a StGB fehlerhaft abgelehnt

Das LG hat die Strafraumenverschiebung nach § 46a StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB mit der Begründung abgelehnt, die Wiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR stelle bei einem Gesamtschaden von 9 Mio. EUR keinen 'erheblichen Teil' dar, 'da mehr als die Hälfte des Schadens unausgeglichen geblieben ist'.

Diese starre 50-Prozent-Grenze findet keine Grundlage in Gesetz oder BGH-Rechtsprechung. Der BGH hat in BGH 1 StR 112/20 bei vergleichbarem Sachverhalt die § 46a-Milderung bei vollständiger persönlicher Opferbereitschaft des Täters angewandt, ohne einen Mindestprozentsatz vorzuschreiben. Die Entscheidung des LG verletzt § 46a StGB.

III. Revisionsrüge 2 — Spielraum-Bestimmung unzureichend begründet

Das LG bezeichnet die Strafe als 'im unteren Drittel des schuldangemessenen Bereichs', ohne Ober- und Untergrenze des Spielraums anzugeben und ohne die belastenden und mildernden Umstände konkret gegenüberzustellen. Dies verletzt § 267 Abs. 3 StPO und die aus BGHSt 7, 28 folgende Begründungspflicht zur Spielraum-Theorie.

IV. Revisionsrüge 3 — Bewährungsversagung fehlerhaft

Das LG hat die Bewährungsversagung auf § 56 Abs. 3 StGB ('Verteidigung der Rechtsordnung') gestützt, ohne ausreichend zu prüfen, ob die Vollstreckung angesichts der erheblichen Wiedergutmachung tatsächlich unerlässlich ist. Der BGH fordert eine restriktive Anwendung des § 56 Abs. 3 StGB (BGH NSTZ 2021, 375), der das LG nicht gerecht wird.

V. Antrag

Das Urteil des LG Frankfurt vom 21. April 2026 wird im Strafausspruch aufgehoben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an eine andere Strafkammer des LG Frankfurt zurückverwiesen.

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim, Rechtsanwältin, Frankfurt am Main, 26. Mai 2026

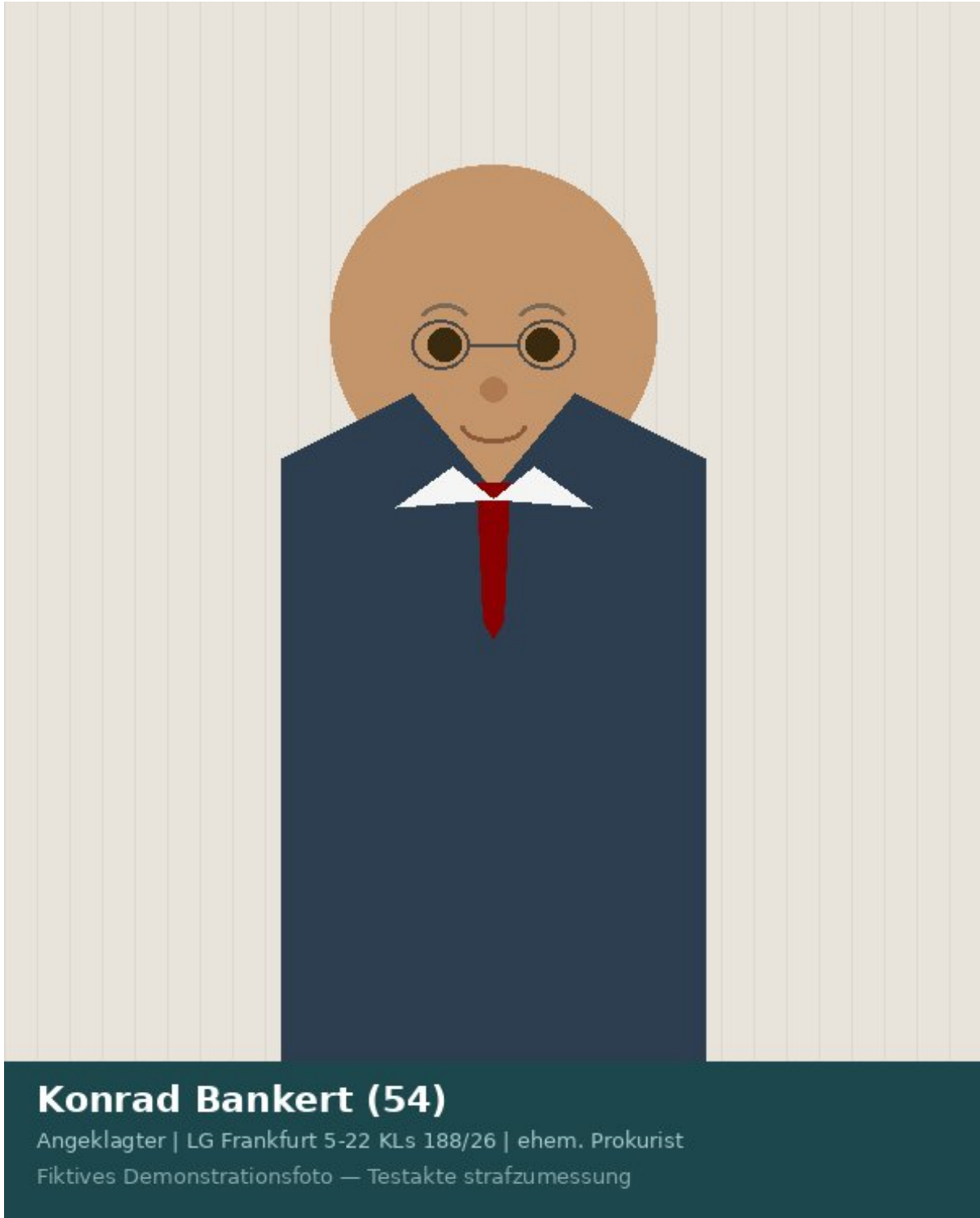
Quellen: § 337 StPO: <https://dejure.org/gesetze/StPO/337.html> | § 46a StGB:

<https://dejure.org/gesetze/StGB/46a.html> | § 56 StGB: <https://dejure.org/gesetze/StGB/56.html> | BGH:

<https://www.bundesgerichtshof.de/>

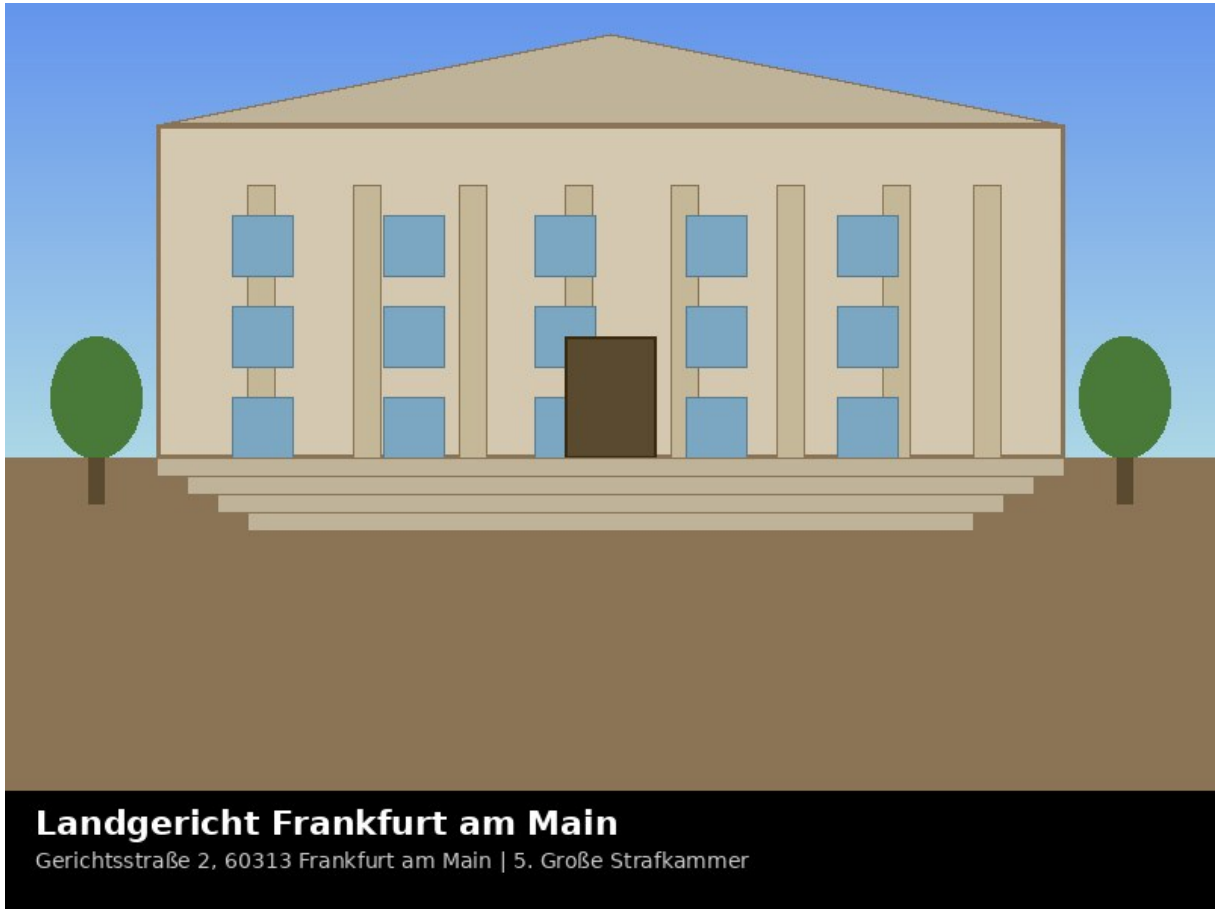
Bildanlagen und Screenshots

Datei: bankert-portrait-foto.jpg



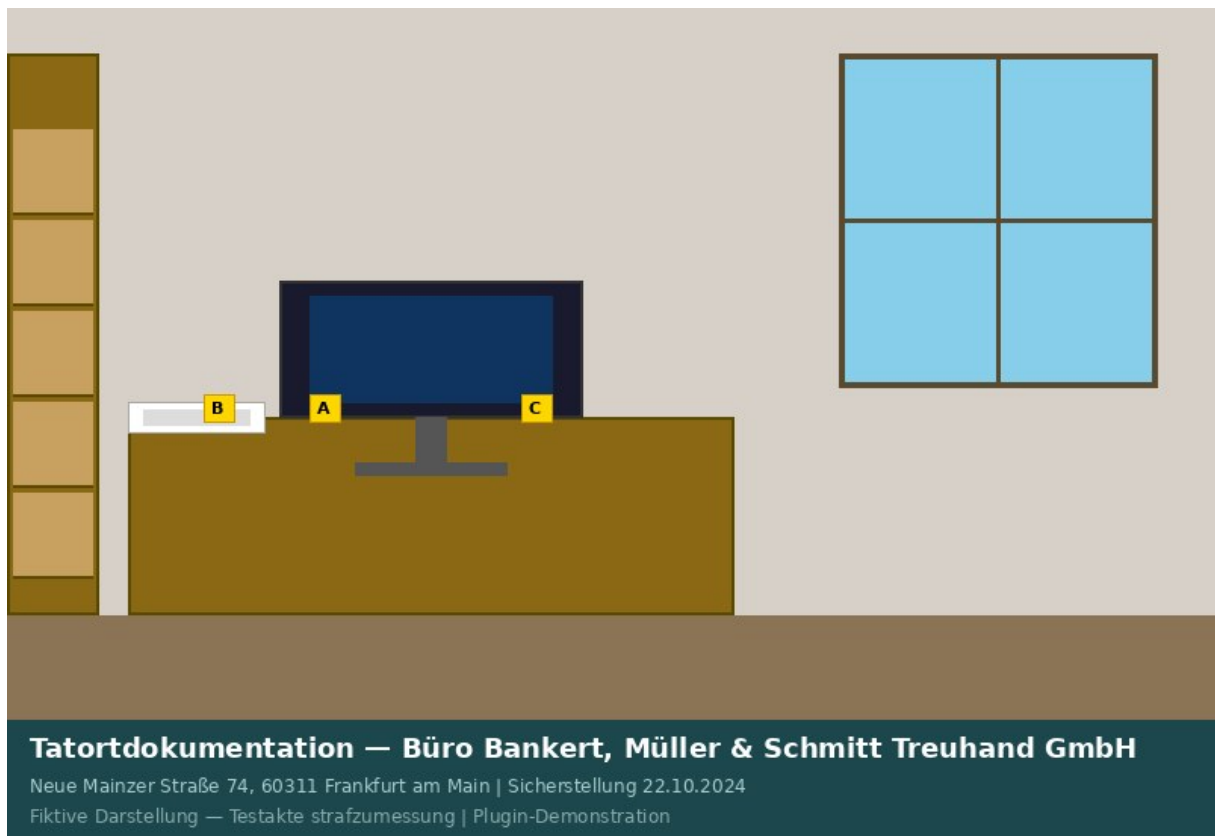
Bilddatei: bankert-portrait-foto.jpg

Datei: lg-frankfurt-gericht-aussenansicht.jpg



Bilddatei: lg-frankfurt-gericht-aussenansicht.jpg

Datei: tatortdokumentation-bankert.jpg



Bilddatei: tatortdokumentation-bankert.jpg

PDF-Anhang: plaedoyer-strafzumessung-final.pdf

Datei: plaedoyer-strafzumessung-final.pdf

PLÄDOYER ZUR STRAFZUMESSUNG

Landgericht Frankfurt am Main — 5. Große Strafkammer

Aktenzeichen: 5-22 KLs 188/26

7. Hauptverhandlungstag, 21. April 2026

Verteidigerin: Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim

I. Vorbemerkung

Sehr geehrte Vorsitzende Richterin Dr. Brendel, sehr geehrte Damen und Herren der Kammer — mein Mandant Konrad Bankert hat mit seinem vollständigen Geständnis vom ersten Tag an Verantwortung übernommen. Er hat am 22. Oktober 2024, noch bevor die Staatsanwaltschaft Frankfurt ihr Ermittlungsverfahren eröffnet hatte, den Sachverhalt vollständig offengelegt und Selbstanzeige erstattet. Er hat buchstäblich alles veräußert, was er besaß, um den Schaden wiedergutzumachen: 4,2 Millionen Euro, die aus dem Verkauf des Eigenheims, der Lebensversicherungen, des Wertpapierdepots und der Ersparnisse stammen. Seine Ehefrau Sandra, die mit einem schwer kranken Herzen auf eine Transplantation wartet, hat auf ihren Anteil am Hauserlös verzichtet. Diese Familie hat für die Wiedergutmachung alles geopfert.

II. Strafraumen und Strafraumenverschiebung

Der anwendbare Strafraumen ergibt sich aus § 266 Abs. 2 StGB: 1 Jahr bis 10 Jahre Freiheitsstrafe. Die Verteidigung beantragt ausdrücklich die Strafraumenverschiebung nach § 46a Nr. 1 StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB. Die Voraussetzungen sind erfüllt: Die Zahlung von 4,2 Millionen Euro stellt eine erhebliche Wiedergutmachung dar, die vor der Hauptverhandlung erbracht wurde und vom Verletzten schriftlich als Genugtuung bestätigt wurde. Mit dieser Verschiebung sinkt die Mindeststrafe auf 3 Monate; der Spielraum öffnet sich nach unten.

III. Strafzumessungsabwägung nach § 46 Abs. 2 StGB

Belastend wirken: die Schadenshöhe von 9 Mio. EUR, die Tatdauer von vier Jahren (110 Überweisungen), die Verdeckungshandlungen durch gefälschte Buchungsbelege und der Missbrauch eines über 16 Jahre aufgebauten Vertrauensverhältnisses.

Mildernd wirken: das frühzeitige Geständnis noch vor Ermittlungsbeginn (nach BGHSt 45, 321 der gewichtigste Milderungsgrund), die Schadenswiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR nach § 46a StGB, die vollständige Vorstrafenfreiheit über 54 Jahre (BGH NJW 2020, 2573), das Fehlen eines eigennützigen Konsuminteresses, das pflichtgetriebene Motiv (kein habgieriges) und die außergewöhnlichen persönlichen Folgen.

IV. Strafzumessungsvorschlag der Verteidigung

Die Verteidigung beantragt eine Freiheitsstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten mit Strafaussetzung zur Bewährung gemäß § 56 Abs. 2 StGB. Diese Strafe liegt innerhalb des schuldangemessenen Spielraums nach BGHSt 7, 28. Sie berücksichtigt das hohe Unrecht, würdigt aber auch die erheblichen Milderungsgründe.

V. Bewährungsantrag (§ 56 Abs. 2 StGB)

Besondere Umstände im Sinne des § 56 Abs. 2 StGB: erstens die qualifizierte Schadenswiedergutmachung nach § 46a StGB (BGH NJW 2015, 84); zweitens die lebensbedrohliche Herzerkrankung der Ehefrau Sandra Bankert, die auf der Transplantationswarteliste des UKF steht (außergewöhnliche Härte, BGH NStZ-RR 2016, 204); drittens die vollständige Vorstrafenfreiheit. Die psychiatrische Sachverständige Dr. Haesler bestätigt eine günstige Sozialprognose. § 56 Abs. 3 StGB greift nicht: bei erheblicher Wiedergutmachung verletzt eine Bewährungsstrafe das allgemeine Rechtsempfinden nicht (BGH NStZ 2021, 375).

Quellen: § 46 StGB: dejure.org/gesetze/StGB/46.html | § 46a StGB: dejure.org/gesetze/StGB/46a.html | § 56 StGB: dejure.org/gesetze/StGB/56.html | BGH: bundesgerichtshof.de

PDF-Anhang: revisionsbegrueundung-final.pdf

Datei: revisionsbegrueundung-final.pdf

REVISIONSBEGRÜNDUNGSSCHRIFT

An den Bundesgerichtshof, 5. Strafsenat

BGH 5 StR 2188/26 — Vorinstanz: LG Frankfurt 5-22 KLs 188/26

Datum: 26. Mai 2026

I. Gegenstand und Beschränkung der Revision

Die Revision des Angeklagten Konrad Bankert richtet sich ausschließlich gegen den Strafausspruch des Urteils des Landgerichts Frankfurt am Main vom 21. April 2026 (Az. 5-22 KLs 188/26). Der Schuldspruch — Verurteilung wegen Untreue in 110 Fällen nach § 266 Abs. 1 und 2 StGB — wird nicht angefochten. Die Revision wird auf die Verletzung materiellen Rechts gemäß § 337 Abs. 1 StPO gestützt.

II. Revisionsrüge 1: § 46a StGB fehlerhaft abgelehnt

Das Landgericht hat die Strafraumenverschiebung nach § 46a StGB i.V.m. § 49 Abs. 1 StGB mit der Begründung abgelehnt, die Wiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR stelle bei einem Gesamtschaden von 9 Mio. EUR keinen 'erheblichen Teil' dar, 'da mehr als die Hälfte des Schadens unausgeglichen geblieben ist'. Diese starre 50-Prozent-Grenze findet keine Grundlage im Gesetz oder in der Rechtsprechung des BGH. Der BGH hat in BGH 1 StR 112/20 (2021) bei einem Schaden von 5,2 Mio. EUR die § 46a-Milderung angewandt, ohne einen Mindestprozentsatz zu fordern. Maßgeblich ist die Gesamtschau: absolute Höhe der Zahlung (4,2 Mio. EUR), persönliche Opferbereitschaft (vollständige Vermögensliquidierung), Familienopfer und früher Zeitpunkt. Die Entscheidung des LG verletzt § 46a StGB.

III. Revisionsrüge 2: Spielraum-Bestimmung unzureichend begründet

Das Landgericht bezeichnet die Strafe als 'im unteren Drittel des schuldangemessenen Bereichs' ohne Angabe der Ober- und Untergrenze des Spielraums und ohne konkrete Gegenüberstellung der Strafzumessungsumstände. Damit genügt das Urteil nicht den Begründungsanforderungen aus § 267 Abs. 3 StPO und dem aus BGHSt 7, 28 (Spielraum-Theorie) folgenden Transparenzgebot. Das Revisionsgericht kann die Rechtmäßigkeit nicht überprüfen.

IV. Revisionsrüge 3: Bewährungsversagung fehlerhaft

Die Versagung der Strafaussetzung zur Bewährung ist mit der bloßen Formel der 'Verteidigung der Rechtsordnung' (§ 56 Abs. 3 StGB) nicht ausreichend begründet. Das Landgericht hat versäumt, sich mit der jüngsten BGH-Rechtsprechung zur restriktiven Anwendung des § 56 Abs. 3 StGB auseinanderzusetzen (BGH NSTZ 2021, 375). Insbesondere fehlt eine Auseinandersetzung damit, ob die erhebliche Schadenswiedergutmachung von 4,2 Mio. EUR die Signalfunktion des Strafrechts bereits hinreichend sicherstellt.

V. Antrag

Die Verteidigung beantragt: Das Urteil des Landgerichts Frankfurt am Main vom 21. April 2026 wird im Strafausspruch aufgehoben und zur erneuten Verhandlung und Entscheidung an eine andere Strafkammer des Landgerichts Frankfurt am Main zurückverwiesen.

Prof. Dr. Henrike Wittfeldt-Steinheim | Rechtsanwältin | Frankfurt am Main, 26. Mai 2026

Quellen: § 337 StPO: dejure.org/gesetze/StPO/337.html | § 46a StGB: dejure.org/gesetze/StGB/46a.html | BGH: bundesgerichtshof.de